

Bezugspreis:

Vom 1.-3. September 1 Million Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 1.-3. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimargebiet sowie Österreich u. Luxemburg 1.500.000 Mk. für das übrige Ausland 1.750.000 Mk. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Feil“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 31. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Poltschekkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareille-Zeile kostet 600.000 Mk. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, ...

Die italienisch-griechische Kriegsgefahr

Eingreifen der Großmächte.

Paris, 30. August. (Havas.) Die Vorkonferenz hat heute früh beschlossen, ein Kollektivtelegramm nach Athen zu schicken, in dem die französische, die englische und die italienische Regierung mit aller Energie, die der Ernst der Umstände erfordert, gegen das Attentat protestieren, dem die italienische Grenzkommission in Albanien zum Opfer gefallen ist.

Italienische Rüstungen.

Mailand, 30. August. (It.) Der „Secolo“ meldet, daß die italienische Flotte in Tarent Befehl zur sofortigen Mobilisierung erhalten habe. 12 Kriegsschiffe sind bereits in voller Kriegsausstattung mit versiegeltem Befehl nach dem Pyraus abgegangen.

Anrufung des Völkerbundes?

London, 30. August. (It.) Aus Athen wird gemeldet, daß der griechische Ministerpräsident Gonatas in einer Unterredung die Ansicht äußerte, die Mörder könnten nur Albanier sein, und er glaube nicht, daß dieser Zwischenfall die guten Beziehungen zwischen Griechenland und Italien zu beeinträchtigen geeignet sei.

Völkerbund und Europakrise.

Als bald nach der Kopenhagener Tagung der Interparlamentarischen Union hat deren schwedische Landesgruppe ihrer Regierung nahegelegt, die bevorstehende Völkerbundversammlung mit der Reparationsfrage zu befassen.

Dem Manchester Guardian zufolge ist es wahrscheinlich, daß Baldwin und Poincaré zusammenzutreffen werden, bevor Baldwin Frankreich verläßt.

Italien und die Ruhrfrage.

Rom, 30. August. (Agenzia Stefani.) Mussolini äußerte sich im Ministerrat über die Ruhrfrage und erinnerte dabei an seine Erklärungen vom 3. Juni im Senat, in denen er Italiens Stellungnahme in folgenden vier Punkten festlegte:

- 1. Deutschland kann und muß die Summe bezahlen, die allgemein angenommen zu werden scheint und weit hinter den vielen Hunderten von Milliarden zurückbleibt, von denen man unmittelbar nach dem Waffenstillstand sprach.
2. Italien kann keine Veränderungen territorialer Art zulassen, die zu einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vorherrschaft führen würden.
3. Italien ist bereit, seinen Anteil an den Opfern zu bringen, die notwendig wären, um das Wirtschaftsleben Europas wiederherzustellen.
4. Die italienische Regierung vertritt heute mehr denn jemals die Ansicht, daß die Probleme der Reparationen und der interalliierten europäischen Schulden eng miteinander zusammenhängen und in einem gewissen Sinne voneinander abhängen.

Mussolini fügte hinzu: Was den ersten Punkt anbetrifft, so hat man als eine mögliche Zahl die Ziffer von

50 Milliarden

genannt, die in der Denkschrift der italienischen Regierung stand. Hinsichtlich des zweiten Punktes, der sich auf territoriale Vorherrschaftsplane bezieht, belegen die Erklärungen Poincarés, daß seine Politik solche Ziele nicht verfolgt, wohl aber daß die Befreiung der Ruhr als eine Pfandnahme im Hinblick auf die Befreiung Deutschlands gerechtfertigt sei.

das Kabinett Stresemann aus Aude gekommen ist, und daß Belgien in seiner Note an England eine gewisse Sonderstellung eingenommen habe.

Mussolini erklärte zusammenfassend:

- 1. Jede alliierte Macht nimmt künftig ihre besondere Haltung ein.
2. Inwiefern wird jede dieser Mächte sich davor hüten, in ihrer Haltung zu weit zu gehen, daß dadurch ein endgültiger und nicht wieder gutzumachender Bruch der Entente entstehen könnte.
3. Die Lage hat sich leicht gebessert.
4. Die belgische Note nähert sich, wie dies aus den Schriftstücken hervorgeht, der italienischen Auffassung.
5. Die Möglichkeiten für eine Regelung haben sich etwas vermehrt, aber man darf sich nicht der Illusion hingeben, daß diese Regelung nahe bevorsteht.

Die Reparationsfrage wird, wenn sie gelöst sein wird, bis zu einem gewissen Grade auf lange Zeit hinaus über das Schicksal Europas bestimmen. Gewaltige Interessen stehen auf dem Spiel, und obwohl Deutschlands innere Lage immer noch schwierig ist und die Befürchtung aller Völker Europas groß ist, besteht kein Grund, an einer bevorstehenden Regelung des Problems zu verzweifeln.

Mussolini schloß: Italien hat aufs eifrigste an der diplomatischen Aktion der letzten Zeit teilgenommen, und wenn es auch nicht allein den Verlauf der Ereignisse entscheidend bestimmen konnte, so wird es doch im gegebenen Augenblick das Gewicht seiner Stimme und seiner Aktion geltend machen, damit eine Lösung gefunden wird, welche den nationalen Interessen Italiens Rechnung trägt und Deutschland eine Zahlung auferlegt, die gleichzeitig gerecht ist und ein Chaos in Deutschland verhindert.

dessen Rückwirkung für ganz Europa verhängnisvoll wäre

Polens Geschäft mit Amerika.

150-Millionen-Dollar-Anleihe. - Regierungsumbildung
Warschau, 30. August. (It.) Die Umbildung des Kabinetts Witos ist jetzt endgültig beschlossen. An die Stelle des Finanzministers Lunde tritt der frühere Handelsminister Rucharski; doch soll Lunde noch als Finanzminister das Abkommen mit der Morgan-Bank über eine Anleihe von 150 Millionen Dollar zur Wiederherstellung der polnischen Währung unterschreiben, das kürzlich abgeschlossen wurde.

Die Linkspresse greift die Regierung wegen der 150-Millionen-Anleihe scharf an und behauptet, die Regierung habe Polen an Amerika verkauft, nur um sich selbst am Ruder zu halten. Die Sicherheiten für die 150 Millionen Dollar bedeuten den Verkauf ganz Polens. Die 150 Millionen würden für eine neue Notenbank nicht ausreichen, sondern es müßte, um den Geldbedarf zu decken, viel mehr Geld gedruckt werden, so daß auch das neue Geld fast entwertet sein würde.

Stacheldraht und Gräben.

Darmstadt, 30. August. (It.) Der Delegierte der Rheinlandkommission im Kreise Groß-Oraun macht in einem Schreiben an das dortige Kreisamt bekannt, daß die Postkontrolle der Verlehrsstraße in der Nacht vom 31. August zum 1. September nachts 12 Uhr näher an die Grenze des besetzten Gebietes gelegt wird. Zur Vorbereitung der Absperrung hat ein Kommando farbiger Truppen gestern an der Grenze Erdwälle aufgeworfen und rechts und links davon Stacheldrähte gezogen. Die Bahnstrecke nach Darmstadt wurde in der Nähe der Haltestation Birnbaum auf etwa 25 Meter von den Franzosen aufgerissen und dadurch unfahrbar gemacht.

Münster, 30. August. (It.) Durch die Gemeinden Linde an der Ruhr, Stiepel und Weimar südlich von Bochum wurde die Straßenperre von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh verlängert und die Schließung sämtlicher Lokale angeordnet. Angeblich wurde ein französisches Kastanien durch ein über die Straße gespanntes Seil umgeworfen.

In Wattencheid bei Bochum hat der französische Kommandant wegen auf der Heide „holland“ verübter „Sabotageakte“ die Schließung sämtlicher Lokale befohlen und die Auslieferung der Täter verlangt.

Münster, 30. August. (It.) In Bohwinkel werden weiterhin Leute mit alten, vor dem 8. August abgestempelten englischen Weisheitssteinen von den Franzosen angehalten. Auch neue, in Köln ausgestellte Weisheitssteine, die das gleiche Datum tragen, werden beanstandet.

Reichskanzler Stresemann wird den zugesagten Besuch in Stuttgart am kommenden Sonntag, den 2. September, ausführen. - Das Reichskabinett beriet gestern Donnerstag mehrere Stunden lang über die innen- und außenpolitische Lage.

Aus Irland liegen bisher folgende Resultate vor: Regierungspartei 27, Unabhängige 7, Republikaner 9, Bauernpartei 4, Arbeiterpartei 4.

Deserteure der Steuerfront.

Der Umfall der Deutschnationalen.

9. August 1923. Man berät im Reichstag die neuen Steuervorlagen:

Hergt (Dnat.): Das uns vorgelegte Wirtschaftsprogramm muß rasch und ohne Bedenken, ohne Zögern und Abhandeln, erledigt werden, es muß im Gegenteil mit vollen Händen die Opferwilligkeit zur Tat gemacht werden!

Ueber das Ruhrprophet hinaus sind wir bereit, Aufwendungen im Sinne eines allgemeinen Arbeitgebers der Industrie und der Landwirtschaft zu machen, aber vernünftig muß dieses Opfer umgestaltet werden. Die Frage der Wertbeständigkeit hat die Regierung großzügig angeknüpft. Den Valorisationsgedanken haben wir ja in das Parlament hineintragen. Mit dem völligen Uebergang zur Wertbeständigkeit würde freilich die Papiermark gänzlich ruiniert und die Leuerung noch erhöht, aber dennoch liegt darin ein erheblicher Vorteil für die deutsche Wirtschaft. Wir wollen jedoch nicht vergessen, daß alles, was hier für unseren wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau vorgeschlagen wird, nur Stückwerk ist. Die Inflation ist die geringere Ursache der Marktentwertung; so riesenhaft sie erscheint - an der Geldentwertung gemessen ist sie gar nicht so groß. Man überschätze nicht, was hier auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet geschehen kann. Wir wollen einfache Steuern, damit endlich Geld in die Kassen kommt und nicht nur immer neue Bureauarbeit eingeführt wird. Unsere Währung ist abhängig von der Handels- und Zahlungsbilanz und von dem Vertrauen der Welt. Da gilt es, die Art an die Wurzel zu legen. ... Wir erklären hiermit, daß wir im Sinne des Reichskanzlers den uns vorgelegten Vorlagen, diese Kriegsmaßnahmen, vorbehaltlos zustimmen werden. (Sturm. Beifall rechts.)

10. August 1923. Zweite Lesung der Steuervorlagen.

Oberschöen (Dnat.) gibt als Vorsitzender des Steueraususses im Namen des Zentrums, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei folgende Erklärung ab: Der Ausschuß hat in eingehender Beratung die von der Reichsregierung vorgelegten Steuerentwürfe, sowie den dem Reichsrat als Initiativantrag zugegangenen Gesetzentwurf über die Besteuerung der Betriebe erledigt. Die Fassung, die jetzt vorliegt, ist das Ergebnis der einstimmigen Annahme dieser Gesetzentwürfe durch die Ausschußmitglieder sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, die erfolgt ist unter vollkommener Uebereinstimmung mit der Reichsregierung. (Uno-Hermes, Red. v. „Vorwärts“.) Die schwierige Lage, in der sich unser Vaterland befindet, und der entschlossene Wille, schnell und wirksam zu helfen, hat dazu geführt, daß schwere Bedenken, die von den einzelnen Parteien von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen, gemacht worden sind, zurückgestellt wurden hinter dem großen politischen Ziele, durch entschlossene Maßnahmen der Not des Vaterlandes zu steuern. (Beifall.) Dieser Beschluß - auch darüber waren sich alle einig - bedeutet nur einen ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung der Finanz- und Währungsschwierigkeiten, soweit das deutsche Volk dazu allein imstande ist. Im Namen der Ausschußmitglieder der genannten Parteien, die sämtlich getragen sind von der Ueberzeugung, daß nicht Worte, sondern Taten jetzt notwendig sind, bitte ich das Hohe Haus, die vorliegenden Steuerentwürfe in der Ausschlußfassung ohne Debatte möglichenfalls einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

28. August 1923. Der Landesverband der Deutschnationalen versammelt sich im Reichstag und erklärt nach Vorträgen der Herren Hergt, Heiserich u. a. folgendes:

Der kürzlich beschlossenen außerordentlich harten steuerlichen Belastung aller Erwerbsstände haben wir nur zu dem Zwecke zugestimmt, die verstärkte Durchführung des Abwehrkampfes an Rhein und Ruhr und die Sicherung der Staatsordnung im Innern zu gewährleisten.

Diese Voraussetzung ist heute nicht mehr gegeben. Inzwischen hat die Zerfegung der deutschen Wirtschaft verhängnisvolle Fortschritte gemacht, welche die

Undurchführbarkeit und Antragsbarkeit der übereilt beschlossenen Steuern

von Tag zu Tag deutlicher hervortreten lassen. Deshalb ist in eine sofortige Nachprüfung der Steuerentwürfe einzutreten. Zunächst sind ihre bedenklichsten Auswirkungen zu verhindern. Deshalb fordern wir:

- a) unumfassende Stundungen der Steuerzahlung bei Leistungsunfähigkeit, bei landwirtschaftlichen Steuerpflichtigen bis zur Einbringung der verspäteten Ernte;
b) Ermäßigung der Steuerzahlung der Landwirtschaft durch Leistung in natura zu angemessenen Preisen;
c) Weitgehende Anwendung des Härteparagrafen und Aufhebung der rigorosen Anweisungen der Finanzämter.

29. August 1923. Gegen die Forderung des „Vorwärts“, alle Devisenbesitzer zur Deklaration heranzuziehen und ihre Devisen gegen Hergabe werkbefähigter Anleihe in die Verfügungsgewalt des Reiches zu bringen, schreibt die deutschnationale „Kreuzzeitung“:

Mit größerer Frivolität sind wohl selten Freiheit und Volksrecht bekämpft worden. Die Beweisführung, daß der Devisenbesitz den - Besitzer schädigt, funktet geradezu von Brillanten;

Schmod hat sich selbst übertroffen. Wie oft in der Woche soll „erklärt“ werden? Wie viele Beamte — selbstverständlich aus dem internationalen Lager — neu anzustellen, um den roten Zuchthausstaat einzuführen?

Tattische Schwankungen sind im politischen Leben unvermeidlich. Aber ein so katastrophaler Unfall im Grundgesetzlichen, wie ihn die Deutschnationale Partei in weniger als drei Wochen vollzogen hat, ist wohl noch nie in der Geschichte der Parteien erlebt worden.

Die Steuern, um die es sich hier handelt, sind, wie aus den oben wiedergegebenen Zitate klar hervorgeht, genau dieselben, die von der Regierung Cuno-Hermes befürwortet worden sind, dieselben, denen die Deutschnationale Partei vor einigen Tagen begeistert, in ihrem patriotischen Opferwillen sich spiegelnd, zustimmte! Heute ist der patriotische Opferwille zerbrochen und verfliegen, heute beschuldigt sich die Deutschnationale Partei selbst, übereilt gehandelt und Steuern beschlossen zu haben, die „untragbar und undurchführbar“ sind!

Die Voraussetzungen, unter denen die Deutschnationalen den Steuerentwurf zustimmten, sollen nicht mehr gegeben sein. Warum? Weil etwa an die Stelle der Regierung Cuno-Hermes die Regierung Stresemann-Hilferding getreten ist? Wenn dem so ist, bitten wir um nähere Erklärung! Denn es ist sehr wertvoll, zu wissen, ob die Deutschnationalen die Bewilligung von Mitteln, die das Reich braucht, um in schwerster außenpolitischer Bedrängnis auszuharren, davon abhängig machen, ob die Regierung nach ihren Wünschen zusammengestellt ist.

Die Zerlegung des Wirtschaftslebens ist weiter fortgeschritten. Nichtig! Die völlig bedenkenlose Kreditwirtschaft der von den Deutschnationalen begünstigten Cuno-Regierung hat sich noch schlimmer ausgewirkt, als befürchtet wurde. Die Lage ist nahezu katastrophal. Ist das die richtige Situation für eine sich „national“ schimpfende Partei, feierlich beschworene Zusagen der Opferbereitschaft zurückzuziehen? Mühte sie nicht gerade jetzt erklären, daß die Opfer verdoppelt und verdreifacht werden müßten, um das Meuserste abzuwehren?

Die Ernte ist gut, sie ist sogar ausgezeichnet. Lebte in den Kreisen, die das Wort „national“ gepachtet haben, nur ein Teil der Opferbereitschaft, die sie am 9. und 10. August in tönenden Worten verkündeten, so könnten wir etwas beruhigter in die Zukunft blicken. Die Landwirtschaft ist entscheidend; wenn ein Teil der Bevölkerung im allgemeinen als durchaus steuerkräftig zu bezeichnen ist, dann gehört sie ganz bestimmt zu ihm. Schwierigkeiten, die nötigen Zahlungsmittel zu beschaffen, sind überall vorhanden; sie sind auf dem Lande verhältnismäßig am leichtesten zu überwinden, wenn man sich nur einmal dazu entschließt, ein etwas schlechteres Geschäft zu machen, als man es sonst gewohnt ist. Einzelne mögen auch hier schwer leiden, aber wiegt nicht das Leid der Volksgesamtheit, das „nationale“ Leid schwerer?

Zur plötzlich wieder erwachten Steuersehe gesellte sich geradezu krampfartig ein begeistertes Bestreben, die Befreiung von Dollars und holländischen Gulden von dem Zugriff des Reiches zu schützen. Man will ihnen für ihren zum Nachteil des Ganzen erhaschten und erspekulierten Besitz wertbeständige Ansehen geben? „Ein irrwider Angriff auf Freiheit und Volkrecht“ kreischt die deutschnationale „Kreuzzeitung“.

Fürwahr, das ist ein „moralischer Zusammenbruch“. Die Deutschnationale Partei verleugnet, was sie gestern beschworen hat; sie erklärt, die Zerlegung des Wirtschaftslebens sei soweit fortgeschritten, daß das Steuerzahlen zwecklos geworden sei; sie gibt die Parole aus: „Rette sich wer kann!“

Wenn die gepeinigten Arbeiter des Ruhrgebiets sich nicht ganz abgeneigt zeigen, auf den Boden eines ehrenvollen, dem Wohl der Volksgesamtheit erträglichen Vergleichs zu treten, dann schreit dieses Rad: „Dolchstoß!“ Sie aber ohrfeigen sich selbst, indem sie wegen zuweit vorgeschrittener „Zerlegung des Wirtschaftslebens“ ihre Zusagen zurückziehen und das Reich seinem Schicksal überlassen. Erst machen sie das

Maul weit auf und gehen über vor patriotischen Redensarten, dann reißen sie aus und werden schamlos: Deserteure der deutschen Steuerfront!

An unsere Abonnenten!

Die unauffällige, sich überschlagende Preissteigerung aller Materialien und Gegenstände, die zur Herstellung einer Zeitung benötigt werden, hat unsere Presse in eine unhaltbare Lage gebracht; wenn nicht neben der notwendigen Anpassung der Bezugspreise an den gesunkenen Geldwert das Reich zur Stärkung und Erhaltung der Presse mehr als bisher eingreift, muß ein großes Sterben der Zeitungen in den nächsten Wochen beginnen. Kein Freund einer aufwärtsstrebenden Kultur, kein Parteigenosse kann diesem Niedergang der Presse gleichgültig zusehen, sondern jeder muß sein Möglichstes dazu beitragen, um unsere Presse zu erhalten.

Die Papierpreise stehen bereits über dem Weltmarktpreis.

Die Papierkosten der Zeitung ständen zu den Druckkosten bis Juli ungefähr wie 1:1; infolge der notwendigen Lohnerhöhungen ist dieses Verhältnis im letzten Drittel des Augusts 1:10 geworden und wird im September wie 1:5 sein. Der Papierpreis im September wird bis um mehr als das Zweifelhundertfache steigen, während der Druckpreis bereits im letzten Drittel des Monats über das Zweifelhundertfache des Zeitungspreises gestiegen ist, woraus unsere Abonnenten ersehen können, daß der Bezugspreis des „Vorwärts“ für August die notwendigen Ausgaben wie Papier, Druck, Transport und Zustellungsgebühren, Löhne, Gehälter, erhöhtes Porto bei weitem nicht gedeckt hat. Die Ankosten steigen sich fortgesetzt nach der durch verbreitetes Spekulationsstreben letztlich steigenden Valuta. Wir müssen deshalb, um eine etwas sicherere Möglichkeit der Berechnung zu gewinnen, den Bezugspreis zunächst nur für eine Woche festsetzen; so beträgt der Bezugspreis für den ersten Monatsabschnitt

vom 1. bis 8. September 1 000 000 M.

Unsere Abonnenten bitten wir, diesen Betrag bei der erstmaligen Vorlegung der Quittung zu bezahlen. Unsere Botenfrauen führen lebhaft Klage darüber, daß sie bei einer Anzahl unserer Abonnenten wegen des Einkassierens oft vergeblich vorstrecken müssen. Es empfiehlt sich deshalb, den Abonnementbetrag am Sonnabend, spätestens Sonntag früh bereitzustellen und für Abonnenten, die tagsüber von ihrer Wohnung abwesend sind, bei einer benachbarten Familie zu hinterlegen.

Wir sind überzeugt, daß diese Anregung unsere Freunde und Genossen veranlassen wird, uns auch hierbei zu unterstützen, wodurch auch der fortgesetzte Wechsel der Botenfrauen und damit auch die uns oft zugehenden Klagen über unregelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ aufhören werden.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Der neue Marksturz.

Die Abwärtsbewegung der Mark hat gestern weitere Fortschritte gemacht. Die Börse scheint sich mit den neuen Steuermaßnahmen wie mit der Devisenabgabe bereits abgefunden zu haben, trotz aller Proteste, welche die Syndicate der Verbände aus Industrie, Handel und Landwirtschaft offenbar gegen Akkordbezahlung herstellen. Angesichts der Bemühungen der Reichsregierung, einen ausreichenden Devisenfonds zu schaffen, ist es doppelt erstaunlich, daß Industrie und Handel noch nicht einmal die 40 Millionen Mark an Devisen aufgebracht haben, zu deren Lieferung gegen Dollarschahanweisungen sie sich am 7. August, also noch der vergangenen Regierung gegenüber verpflichtet haben! Es sind Versuche im Gange, auch die neue Devisenabgabe zu verzögern, und die Proteste einzelner Industriekreise sind nur der äußere Ausdruck einer Stimmung, die gedeihen konnte, weil man in vielen Fällen, z. B. durch Käufe ausländischer Waren, sich der Devisenabgabepflicht entziehen zu können hofft. Das Rheinland lauft eifrig weiter Devisen, nachdem die weit-

herzige Kreditpolitik des Reiches die Wirtschaftskrise des Industriegebietes der Ruhr entbunden hat, sich das notwendige Betriebskapital durch Verkauf der gehamsterten Aktien und Devisen zu besorgen.

Es ist keineswegs notwendig, in dem neuen Herauschnellen des Dollarkurses die Ankündigung jener endgültigen „Katastrophe“ zu sehen, die bei jedem bisherigen Marksturz erwartet wurde und die sicherlich bei dem panikartigen Absturz der Mark am Anfang dieses Monats näher schien als jetzt, wo die Wirtschaft immerhin eine Ruhepause gehabt hat, in der sie sich auf die letzten Dollarkurssteigerungen einstellen konnte, während damals die Hausse sich von Tag zu Tag fortsetzte. Das Niederschmettern an der gegenwärtigen Markverschlechterung aber ist die Tatsache, daß sich das Kapital schon jetzt wieder stark genug füllt, um die Mark wieder werfen zu können. Diese Stärke aber ist zugleich ein Beweis für die verlogene Demagogie der Deutschnationalen, welche zuerst die Maßnahmen der Regierung zustimmten, jetzt aber ihre Steuerpolitik bekämpfen mit der Behauptung, daß die Steuern nicht zu tragen seien! Wir verlangen, daß rücksichtslos vorgegangen wird, um die Steuern und die Devisen beizubehalten, und jede weitere Aufwärtsbewegung am Effekten- und Devisenmarkt wird uns in dieser Forderung bestärken. Die Kredite an die Industrie der besetzten Gebiete müssen auf das äußerste eingeschränkt, die Devisenerfassung ausgebaut werden. Nur dann ist der Erfolg zu erwarten, der bei der schwierigen Lage Deutschlands und bei Anhalten der Ruhrbefehung denkbar ist. Der Erfolg wird auch dann nicht eine sofortige Stabilisierung, mindestens aber eine Verlangsamung des Abstieges der Mark sein.

Die Mark in New York.

Wieder ergaben die gestrigen Kursmeldungen der Mark aus New York, daß die Verschlechterung des Markkurses hauptsächlich in Deutschland gemacht wird. Der Markkurs, zu dem man Mark in New York kaufte, war, auf Berliner Parität umgerechnet, 11,1 Millionen Mark je Dollar, also etwa so hoch wie die gestrige amtliche Notierung, während im Berliner Freiverkehr gestern nachmittag der Kurs von 12 Millionen Mark überschritten wurde.

Der Druck im Ruhrgebiet.

Düsseldorf, 30. August. (W.B.) Gestern ist ein Geldtransport von 1 Billion und 3 Milliarden Mark Stadtgeld von den Franzosen weggenommen worden. Die Fortschaffung dieser ungeheuren Summe geriet den soeben mit den äußersten Mitteln wiederhergestellten Geldverkehr in Düsseldorf vermehren, daß keine Zahlstelle mehr in der Lage ist, zu übersehen, wie weit ihre Zahlungsmittel noch reichen werden. Der Umstand, daß diese Bezahlung unmittelbar vor dem Lohnjahre erfolgte, läßt darauf schließen, daß es den Franzosen darauf ankommt, Ruhestörungen zu provozieren, die dann veranlaßt von ihren Schützlingen, den Sonderbündlern, für ihr unsauberes Handwerk ausgenutzt werden sollen. General Degoutie ist, da er persönliche Beschwerden nicht anhören wollte, durch Vermittlung der Ortskommandantur darauf hingewiesen worden, daß an eine Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs bei diesem Vorgehen der Befehl nicht mehr zu denken sei, zumal sich herausgestellt hat, daß diese Druckereien wie auch alle Zahlstellen unter ständiger Beobachtung der französischen Agenten stehen. Die städtischen Kassen haben von heute an den Zahlungsverkehr eingestellt. Die Bankstelle der Sparkasse wird obnehin noch immer von den Franzosen unter Siegel gehalten. Die Betreibungen der Industrie, des Handels und des Gewerbes sowie die Arbeitnehmerorganisationen werden sofort zusammengerufen, um zu diesen Gewaltmaßnahmen der Besatzung Stellung zu nehmen.

Ersatz für die Reichswehr. Am Anschluß an das im „Vorwärts“ veröffentlichte Schreiben eines Kompagniechefs aus Frankfurt a. d. O., das bei Anwerbung eines jungen Mannes zur Reichswehr Auskünfte vom Ortsgeistlichen, vom Kriegervereinsvorsitzenden und vom Landbau und verlangte, wird uns vom Reichswehrministerium mitgeteilt, daß jenes Verfahren keineswegs den Absichten des Ministers entspricht, und daß er Vorbehalte getroffen hat, damit dergleichen nicht mehr vorkommt.

Kopflöse Engel.

Von Karl Fischer.

In Berlin hat man es seit jeher für stil- und stimmungsvoll gehalten, die Fassaden und Fronten der Häuser durch bildnerischen Schmuck zu beleben, sie durch die mannigfaltigsten Kunstwerke aus Stuck gewissermaßen ins rechte Licht zu stellen.

Ganz gleichgültig, ob im Norden oder Süden, ob im Osten oder im Westen Berlins, immer hatten die Häuser hoch oben am Giebel oder über der Haustür irgendein Sinnbild oder Symbol aus Gips oder Stuck.

Da sah und sieht man zum Beispiel eine Jungfrau mit unmöglich langen Armen und schrecklich schmachtem Gesicht die Laute schlagen. Nicht zu leugnen, daß solch ein Schmuck einem Haus gut läßt und vortrefflich zu ihm paßt, in dem zwar keine Doreley, wohl aber Böden mit allen Kleibern, Kartoffeln und Kohlen den Wanderer laden, und das Bürger mit sehr reicher Beschäftigung ohne alle romantischen Tendenzen und Liebesfeiern beherbergt.

An andere Häuser wieder hat man einen gipsernen Siegfried oder eine Krimbild aus Stuck gepappt. Dann kamen die Häuser am Kurfürstendamm, ausgestattet wie Königschlösser, mit geradezu grandiosen Gruppen und Puppen aus Sandstein.

Da hat jedes Haus einen Herkules oder einen Hermes, eine Venus oder eine Athene und einen Amor und alle Mufen als Tier, um das zarte, allen Geschäften abholde Gemüt der Herrschaften in diesen Häusern aufzuzeigen.

Wen Wunder also, daß bei diesem Figurenreichtum so viele Berliner die Siegesallee reizvoll fanden und daß sie, wenn man im Kabarett davon sang und sagte: Hier ein Püppchen, da ein Püppchen — lauter kleine Marmorgrüppchen“, begeistert zustimmend mitsummt. Am allerbesten aber waren in Berlin immer Engel als Häufiger. Englein singend und Englein Flöte blasend, Englein tanzend und Englein schwebend.

Auf dieses freundliche Symbol ist man gewiß verfallen, weil man in Berlin immer so engelstreu und engelstreu und alles so engelhaft schön und engelhaft beschieden gewesen ist.

Die Jahre des Krieges und die Zeiten nach der Revolution sind jedoch den Berliner Engeln sehr schlecht bekommen.

Keiner kümmerte sich um sie, kein Handwerker kletterte auf Gerüsten und Leitern die Fassaden und Fronten hoch, um zu renovieren und zu reparieren.

Die Hausbesitzer hatten kein Geld und die Mieter hatten andere Sorgen, als sich die Englein an ihren Häusern anzusehen.

Von den Fassaden fiel der Putz, und den Engeln plagte die schöne Gestalt entzwei.

Die Berliner Engel haben fast alle den Kopf verloren.

Das ist so traurig und trostlos, zumal keiner weiß, ob bald jemand kommen wird, der den Berliner Engeln den Kopf wieder zurechtfertigen kann.

Aus der Geschichte der Pilzvergiftungen. Die Nachrichten über Todesfälle infolge von Pilzvergiftungen haben sich in den letzten Tagen in bedrohlicher Weise gemehrt. Unser Volk, das zu dieser „Vollnahrung“, die der Wald reichlich darbietet, bei der ungeheuren Teuerung der meisten Lebensmittel seine Zuflucht nimmt, fällt auch in größerem Maße als bisher den Gefahren des Pilzgiftes anheim. Diese Vergiftungen erfolgen nicht durch die Ware, die von erfahrenen Sammlern auf den Markt gebracht wird, sondern durch das Sammeln von Unkundigen, die sich zum Teil auf untrügerische Merkmale verlassen und die Stipitze mit genießbaren verwechseln. Auch die allüberlieferten „untrügerlichen“ Hausmittel zur Erkennung der Stipitze, wie das Mitochen einer Zwiebel, die bei Giftigkeit schwarz werden soll, eines silbernen Pfeifers, der sich dann braun färbt, sind durchaus wertlos. Die besten Vorsichtsmaßnahmen sind, saulige und wurmfällige Pilze sofort wegzuernten, rohe Pilze möglichst bald zubereiten, die Pilze vor der Verkohlung in Essigwasser abzuwaschen und Pilze, die beim Kochen blau, schwarz, hart oder zäh werden, zu vernichten. Die Pilzvergiftungen reichen bis ins graue Altertum zurück, und es ist ja nur natürlich, daß der Mensch in seinem Streben, die Hilfsmittel der Natur für seine Nahrung auszunutzen, harte Lehrgeld zahlen mußte.

In der Wehrzeit der Pilzvergiftungen sind nach einer von Dietrich mitgeteilten Statistik die Knollenblätterpilze die Todesursache; viele Stipitze werden meist mit dem Champignon verwechselt, aber auch mit den grünen Reizern, obwohl die Letztere giftig ist. Viele Todesfälle werden auch durch den Giftreizler verursacht, den man mit den Pfifferling verwechselt. Unter den Stipitzen gibt es auch einige, die in manchen Gegenden Deutschlands als Speisepilze verkauft werden, nämlich die Stöckmorchel und der Kartoffelmorchel, die sogenannten „schleichen Trüffel“. Der Kartoffelmorchel kann in der Tat in kleinen Mengen genossen werden, ohne zu schaden; die Stöckmorchel ist aber nach neueren Forschungen ein höchst giftiger Gekochter, der unter Umständen, wenn er nicht mit Wasser gekocht oder in zu großen Mengen genossen wird, sogar Todesfälle herbeiführt. Der Knollenblätterpilz genügt schon eine ganz geringe Menge, um einen Menschen zu töten. Sein Gift ist durch den russischen Chemiker Robert genau bestimmt worden, und man hat mit Glück Immunisierungsversuche dagegen angestellt, so daß ein Serum gefunden wurde. Kaninchen wurden durch Injektionen des Giftes, die längere Zeit fortgesetzt wurden, vollkommen „giftfest“ gemacht. Praktische Erfolge beim Menschen freilich sind mit diesem Serum gegen Pilzgift noch nicht in größerem Umfang erzielt worden.

Wie die sind die Wolken? Wenn in der Sommerzeit aus verhältnismäßig unheimlichen Wolkenbildungen bei einem Gewitter gewaltige Hagelregen niedergehen, so fragt man sich häufig, woher nur die außerordentlich großen Niederschlagsmengen herkommen mögen. Man gibt sich über diese Dinge um so leichter einer Täuschung hin, als man die Dicke der Wolken sieht, aus denen es regnet, gewöhnlich unterschätzt. Die Wolkenbildung geht auch manchmal so plötzlich vor sich, daß man die Mächtigkeit und die Höhe ihrer Ausdehnung nach oben noch den vorherigen Anzeichen gar nicht ahnt. Aufklärungen über diese meteorologischen Fragen vermögen nur Ballonaufstiege im bemanneten Freiballon zu geben. So wurde bei der Ballonfahrt von Barrot und Birjo am 27. Juli 1880 eine

Wolkenhöhe durchkreuzt, die größtenteils aus unterkühlten Tröpfchen bestand und mehr als 5 Kilometer Dicke besaß. Auch neuere Wolkenmessungen haben ergeben, daß die senkrechte Mächtigkeit der Hausenwolken mehrere Kilometer erreichen kann. Darüber haben die Berliner Ballonfahrten einige sehr bemerkenswerte Erfahrungen geliefert. Die Hochfahrt vom 8. Mai 1894 ging zuerst in der Höhe von 1750 bis 5000 Meter durch eine Schneewolke, dann setzte sie sich als Eiskristallwolke bis 5,7 Kilometer fort, der noch ein Giebel bis zur Höhe von 7750 Meter folgte. Diese Wolkenlage waren also 6 Kilometer mächtig. Auch bei der Fahrt am 14. März 1893 wurde eine Eiskristallwolke von nahezu 5 Kilometer Mächtigkeit durchfahren. Die Forstnerer Wolkenmessungen haben Höhen von 50 bis 4000 Meter ergeben; sie sind auch getrennt für die einzelnen Wolkenarten registriert. Die dicksten Wolken waren hier die Regenwolken. Der ausgezeichnete Wolkenforscher Ley sah im Sommer eine Gewitterwolke, deren unterste Fläche sich 800 Meter über dem Gipfel des Rent Blac befand, während ihr Scheitel sich 4800 Meter darüber erhob. Am 13. August 1857 konnte Ley die Dicke einiger Hagelwolken messen; die Unterränder war etwa 1000 Meter über der Erde, und die senkrechte Mächtigkeit betrug 7600 Meter. Aber selbst diese Dicke wurde durch zahlreiche Gewitterwolken erheblich übertroffen. Am 3. September 1867 und am 4. August 1878 betrug deren Mächtigkeit 9100 Meter. Wolken von so großer Mächtigkeit können sich nur in aufsteigenden Luftmassen bilden. Die Dicke der Wolken ist sonst beschränkt; da die für die Witterung wichtigen Luftschichten sich auf die zehn untersten Kilometer beschränken, so werden auch die Wolkenhöhen nur in seltenen Fällen zehn Kilometer Dicke erreichen.

Das Hof-Theater wird am 20. September unter der künstlerischen Leitung von Bernhard Rose wieder eröffnet.

Mattia Battilini veranstaltet am 6. September zusammen mit Clara Zug einen Duett- und Utenabend in der Philharmonie.

Wedekind in englischer Uebersetzung. Eine englische Uebersetzung der wichtigsten Dramen Wedekinds, darunter „Bräutigamswachen“, „Der Erdgeist“, „Die Büchse der Pandora“, ist in London erschienen. Die Uebersetzung trägt von Samuel K. Eliot her.

Neuen telegraphiert von Buenos Aires. Die Bergbau- und Erweiterungsbauten von Neuen sind längst vorgeschritten, daß in der Nacht zum 28. der erste Verkehr mit der in Buenos Aires errichteten Großstation aufgenommen werden konnte. Der öffentliche Bahnbetrieb nach Buenos Aires wird mit der endgültigen Inbetriebnahme dieser Station beginnen.

Internationale Hochschulkurse in Wien. So wie voriges Jahr finden auch dieses Jahr in Wien vom 1.—28. September internationale Hochschulkurse statt. Sie bezwecken die Vertiefung über die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Nationen und ihre Wechselbeziehungen zu verbreiten. Unter denjenigen und mittel-europäischen Professoren sind es hauptsächlich englische und amerikanische Gelehrte, die Vorlesungen halten werden. Verbunden mit der Veranstaltung sind Kongresse, Exkursionen, Kunstwanderungen, Ausflüge auf der Donau und in die Alpen. Für Rückkehrer sind die Teilnahmegebühren auf ein Viertel der für Teilnehmer vorgeschriebenen ermäßigt. Anmeldungen sind an das Sekretariat der internationalen Hochschulkurse Wien IX, Volksmannstraße 18, zu richten.

Die Faschisten in Bozen.

Der Raub des Gewerkschaftshauses.

In Bozen (Südtirol) haben die Faschisten das Arbeiterheim „belehrt“, das heißt gestohlen. Von unseren Bozener Genossen erhalten wir darüber folgenden Bericht:

Zahlreiche Genossen und Parteifreunde in Oesterreich und Deutschland kennen den schönen Bau des Bozener Gewerkschaftshauses, das im Jahre 1910 eröffnet wurde und seitdem der organisierten Arbeiterschaft in Südtirol als Versammlungsort in Freud und Leid gedient hat. Als sich im Jahre 1920 die Herausgabe eines eigenen sozialdemokratischen Blattes für das von Italien annektierte Gebiet notwendig machte, wurden die Buchdruckerei und Redaktionsräume im Parterre des Hauses untergebracht. Das Haus ist Eigentum des Ortsverbandes der Gewerkschaften Bozens und die Buchdruckerei steht als Handelsgesellschaft im Nachverhältnis zu ihm. Infolge der darniederliegenden Bautätigkeit in den letzten Jahren, der Abwanderung zahlreicher deutscher Arbeiter und der bekannten Degenerierung der Eisenbahnergesellschaft hat naturgemäß die Gewerkschaftsbewegung Einbuße erlitten. Andererseits hat im letzten Jahre die faschistisch-italienische Bewegung durch den erfolgten zwangsweisen Anschluß von deutschen Angestellten- und Beamtenorganisationen an Ausdehnung gewonnen. Obwohl nun in Bozen zahlreiche Lokale für die Unterbringung von Sekretariaten und Organisationsleitungen vorhanden wären, erhoben die Faschisten mit der Begründung, daß sie den Großteil der Arbeiterschaft Bozens in ihren Organisationen vereinigen wollten, die Forderung auf Uebergabe des aus den Beitragsmitteln sozialistischer Arbeiter errichteten und erhaltenen Gewerkschaftshauses.

Am Donnerstag, den 16. August, wurden die Gewerkschaftsvertreter Mäher und Karmaler sowie der Obmann des Hauskomitês, Genosse Unterkircher, aufs Bozener Zivilkommissariat berufen, wo vom Unterkircheren Voss, also einem Regierungsvertreter, in höchst einseitiger Weise die „Verhandlungen“ eingeleitet und dargelegt wurde, daß die von den Faschisten erhobene Forderung auf Auflösung der freien Gewerkschaften und auf Uebergabe des Gewerkschaftshauses samt der Druckerei zu Recht bestehe und daß man nichts anderes machen könne als das Haus zu übergeben, welches nur mehr im Besitze von drei Männern sei, damit es an die rechtmäßigen Eigentümer komme. In einer Viertelstunde sollten unsere Vertreter sich über diese wohl einzig dastehenden Forderungen entscheiden. Dies wurde natürlich von ihnen abgelehnt und die Entscheidung einer Vertrauensmännerversammlung überlassen. Daraufhin erschien abends 8 Uhr eine Gruppe von Faschisten im Gewerkschaftshaus. Im Besitze des Bozener Unterkircheren wurde vom Trienter Sekretär Gen. Bertl, einem ehemaligen Sozialisten, die Besetzung als vollzogen erklärt, das Gewerkschaftssekretariat, die Druckerei und die Redaktion versiegelt und Wachen zur Bewachung aufgestellt, damit nichts „verschleppt“ werden könne. Der Druckereibetrieb wurde allerdings Freitag nachmittags wieder geöffnet, steht aber unter der Aufsicht von jungen Beuten und ist infolgedessen stark beeinträchtigt. Die Redaktion blieb versiegelt und das Erscheinen des „Volksrecht“ für Samstag wurde verboten. Alle diese Maßnahmen waren mit einer starken Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der Druckereiangestellten und der führenden Genossen verbunden.

Die Angaben der Faschistenblätter, wonach eine freiwillige oder einverständliche Uebergabe erfolgt sei, sind natürlich unrichtig. Eine solche Auffassung kann sich nur aus der Tatsache gründen, daß bei der Besetzung und Versiegelung am Donnerstag abend von den anwesenden wenigen Genossen keinerlei Widerstand geleistet wurde, weil es ja auch zwecklos gewesen wäre. Infolge der ablehnenden Haltung der Vertrauensmänner erwiderte sich auch jede weitere „Verhandlung“, bis vor allem die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorgehen feststeht. Ausdrücklich bemerkt, daß der Sekretär Bertl bei der ersten Besetzung in der „Volksrecht“-Redaktion den Genossen Lappiner und Ranz erklärt hatte, er komme in friedlicher Absicht und wüßte lediglich eine Erklärung, ob die sozialistische Arbeiterschaft dem faschistischen Kandidat freundlich oder feindlich gegenüberstehe. Als die genannten Parteivertreter darauf hinwiesen, daß die Südtiroler Sozialdemokraten und ihre Presse stets für den nationalen Ausgleich eingetreten seien und auch eine Vertretung für die nationalen Minderheiten in allen Körperschaften gefordert hätten, abgesehen von ihrer Haltung vor, während und nach dem Kriege, wurde erklärt, daß es sich lediglich um wirtschaftliche Fragen handle und jede Parteigenossenheit ausgeschlossen sei. Bei der zweiten Beratung im Zivilkommissariat wurden dann die wirklichen Absichten offenbar.

Eine von den Vertrauensmännern der Bozener Arbeiterschaft in Anwesenheit des Abgeordneten Genossen Fior am Freitag, den 17. August, abgehaltene Besprechung beschloß nach Billigung aller im Laufe des Tages unternommenen Schritte die Einleitung einer Protestaktion durch eine fünfgliedrige Kommission (Abg. Flor, Lappiner, Unterkircher, Mäher und Ranz) und die Ueberreichung einer Beschwerde an die Regierung, den Präfekten in Trient, den Unterpräfekten in Bozen und den Regierungskommissär der Stadt.

An den Ministerpräsidenten Mussolini wurde am gleichen Tage ein telegraphischer Protest übermittelt.

In der Bewölkung Südtirols herrscht über das neuerliche propagandistische Vorgehen der Faschisten allgemeine Entrüstung und selbst vom Großteil der Italiens-Bürgerlichen wird die durch nichts gerechtfertigte Wegnahme des Privatbesitzes der Arbeiterschaft verurteilt. Das Organ der Christlichsozialen, „Der Tiroler“, welches ab Montag den Titel „Brenner-Heimat“ führt, weil der Begriff Tirol abgeschafft (!) wurde, schreibt:

„Die Besetzung des Gewerkschaftshauses und der Redaktion des „Volksrecht“ zeigt neuerlich an, wie weit es mit der Freiheit des Staatsbürgers und der Organisation bei uns gekommen ist. Der Uebergang der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu den faschistischen Kandidaten soll mit Gewalt erzwungen werden. Wir haben keine Ursache, die sozialdemokratischen Theorien zu verteidigen, aber wir stehen auf dem Standpunkt, daß im Staate weitgehende Koalitions- und Organisationsfreiheit aller seiner Staatsbürger bestehen muß, welche den Staat in keiner Weise schwächen können. Dazu gehören gerade die Südtiroler Sozialdemokraten, welche ein gemäßigtes sozialistisches Reformprogramm vertreten. Die Aufhebung dieser Freiheiten und die Erzwingung von Programmänderungen rächt sich früher oder später immer.“

Anzuzusehen ist, wie aus unserem letzten römischen Brief ersichtlich, der Präfekt von Trient zur Abdankung gezwungen worden. Der Faschismus geht planmäßig vor. Er wird sich aber nicht darüber täuschen, daß er durch seine Methode sich selbst das Grab schaufelt, in dem er über kurz oder lang begraben wird.

Die Not der Krankenkassen.

Vom Ortskrankenkassentag.

Würzburg, Ende August. (Eig. Ber.) Das Leitmotiv des hier abgehaltenen 27. Ortskrankenkassentages war die Not der deutschen Krankenkassen, deren Hauptverband 1000 Kassen mit fast 10 Millionen Versicherten umfaßt. Geschäftsführer Helmuth Lehmann betonte in seinem Referat über „Besetzung und Krankenversicherung“, daß die Besetzung der Krankenversicherung gegenüber völlig verjagt habe. Vor allem sei als Folge der unzumutbaren Grundlohnverordnungen des Reichsarbeitsministeriums die Kreditfähigkeit der Krankenkassen völlig erschöpft.

Scharf wandte sich Lehmann gegen Bestrebungen, die Krankenversicherung noch weiter zu zersplittern. Er forderte restlose Befreiung aller Erschafften. Einmütig stellten sich die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber hinter seine Ausführungen und verlangten von der Besetzung werbefähige Beiträge und Leistungen, Abführung der Sach- durch Barleistungen und Erhaltung der Vermögenssubstanz der Krankenkassen.

Ueber „Reform der Kassenverwaltung“ sprach Schellhammer-Münster. Seine Forderungen gingen dahin, auch in der eigenen Verwaltung der Kassen auf höchste Wirtschaftlichkeit Bedacht zu sein. „Das Einzugsverfahren der Invalidenversicherung“ behandelte Geschäftsführer Knoblauch-Darmstadt. Die einstimmig angenommene Entschliessung verlangt ausreichende Entschädigung für den Beitragsbeitrag der Invalidenversicherung. Am zweiten Versammlungstage berichtete Lehmann über die Kräftefrage.

Die gemeinsame Kasse von Kassen und Kassen habe zu einer Rotgemeinschaft geführt, um überhaupt weiter leben zu können. Die freie Arztwahl sei für die Krankenversicherung das am wenigsten erträgliche Arztsystem. Auch der Arzt müsse wirtschaftlich ganz anders gestellt werden wie bisher. Allerdings sei der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen. Der Hauptvorstand wurde ermächtigt, die dringenden notwendigen neuen Vereinbarungen mit den Ärzten zu treffen. Außerdem wurde die Forderung erhoben, daß das Reich einen Teil der Arztkosten den Kassen erstatte. Das Verhältnis der Krankenkassenangehörigen zu den Kassen als Arbeitgeber

behandelte Landtagsabg. Schölgch-Breslau. Der Ortskrankenkassentag beschloß, die Tarifgemeinschaft zu kündigen, aber gleichzeitig eine Kommission einzusetzen zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit der Angestelltenorganisation.

Außerordentlich interessante Ausführungen machte der ärztliche Beirat der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, Dr. Redzich, über die Gründung der gemeinsamen Arzneimittel-Kommission der deutschen Gesellschaft für innere Medizin, des Ärztevereinsbundes und des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen. Diese Kommission wird sämtliche auf den Markt kommenden Arzneimittel auf ihre Brauchbarkeit und Zweckmäßigkeit für die Kassenpraxis prüfen. Ein Arzneiverordnungsbuch soll die Kassenärzte über die höchste Wirksamkeit und größte Wirtschaftlichkeit der Arzneien beraten. Daneben soll die Heilmittelvertriebsgesellschaft ausgebaut werden zur billigen Beschaffung der Krankenkassen. — Ein Referat von Stadtrat Kirchof-Dresden besetzte sich mit der Krankenkassenfrage. Man müsse unbedingt verlangen, daß die Allgemeinheit ihrer Verpflichtung zur Unterhaltung von Krankenhäusern restlos nachkomme.

Zum Schluß wurde der Verband für die Zukunft „Hauptverband deutscher Krankenkassen“ benannt. Die Beitragsberechnung wird werbefähig gestaltet werden.

Neue Ausweisungsbestimmungen.

Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, hat den Erlaß vom 21. Oktober 1921 über die Ausweisung von Ausländern durch neue Bestimmungen ersetzt, in deren Einteilung die große innen- und außenpolitische Bedeutung der Behandlung der Ausländer den Polizeibehörden ins Gewissen gerufen wird.

Ausweisungen dürfen nur aus öffentlich-rechtlichen Gründen stattfinden, also nicht etwa wegen Vertragsbruch, Privatbeleidigung und dergleichen. Zulässig ist die Ausweisung binnen 5 Jahren nach rechtskräftiger Verurteilung, wenn der Täter eine Gefährdung bewiesen hat, die dem Gemeinwohl abträglich ist, also insbesondere bei Verurteilung wegen

Preisfreiberei, Schleichhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände, unzulässigen Handel, Valutapetitionen oder Steuerhinterziehung.

ferner bei staatsfeindlicher politischer Betätigung in Wort und Schrift, auch wenn ein Strafverfahren nicht oder noch nicht eingeleitet ist, wegen passloser Einreise und wegen unbefugten Bezugs von Wohn- oder Geschäftsräumen. Ausländer aus solchen Staaten, mit denen Deutschland Erwerbslosenunterstützung vereinbart hat, dürfen nicht lediglich deshalb ausgewiesen werden, weil sie erwerbslos geworden sind. Ausländer, die schon mindestens vier Jahre einwandfrei hier wohnen, sind überhaupt nicht zu beurteilen.

Bei Durchführung der Ausweisung ist eine angemessene Frist zur freiwilligen Abreise festzusetzen, die unter Umständen bis zur Dauer von 3 Monaten erstreckt werden kann. Nach Ablauf dieser Frist ist zunächst stets die unmittelbare Abschiebung nach den Heimatländern zu versuchen, sofern nicht in besonderen Staatsverträgen ein anderes Verfahren vorgesehen ist.

Unbillige Härten sind zu vermeiden.

In geeigneten Fällen kann der zuständige Regierungspräsident eine Bewährungsfrist bewilligen. Die Einlegung der Beschwerde hat grundsätzlich aufschiebende Wirkung.

Wirtschaft

Die Wirkung der Papiermarkkredite.

In seiner Verteidigungsrede vor dem Zentralausschuß der Reichsbank hat der immer noch amtierende Reichsbankpräsident Havenstein bestritten, daß Handelswechsel, die zu produktiven Zwecken gegeben werden, künstliche Kaufkraft schaffen. Eindeutiger als theoretische Einwände zeigen die folgenden Fälle, die uns aus der Praxis mitgeteilt werden, die Unrichtigkeit dieser Auffassung und den Widerstand dieser Kreditpolitik, welche am Mark des Volkes laugt:

„Ich erhalte heute, am 30. August, von der Reichsbank einen Wechsel zur Einlösung, der am 1. Juni 1923 bei einem Dollarkurs von 70 000 M. in Zahlung gegeben wurde. Ich habe damit Ware gekauft. Der Fabrikant hat am 1. Juni 1923 holländische Gulden als Gegenwert für die Ware von der Reichsbank gekauft. Heute habe ich die Papiermark für den Wechsel an die Reichsbank abgeführt. Also hat die Reichsbank und durch diese die Volksgemeinschaft mir die Ware gekauft.“

Ich habe hier 50 Stück Ware liegen, die tatsächlich fast 40% 40% Stück Ware, also 98 Proz., umsonst erhalten habe.

Ich habe von einer Berliner Feuerlösch-Apparatefirma gehört, daß dieselbe ihren gesamten Finanzbetrieb seit vorigen Herbst auf Wechsel eingestellt hat. Ich kaufte von der genannten Firma vor sechs 6 Wochen einen Apparat für 600 000 M., fester Preis, zahlbar nach Lieferung des Apparates. Derselbe wurde vor zwei Tagen geliefert, und die Firma verlangte eine ganz geringe Anzahlung. Der Apparat kostete am Tage der Lieferung 600 000 000 Mark. Die Firma hat als Gegenwert tatsächlich nur 200 000 000 Papiermark bekommen. Darin sind Montage, Transport und Ersatzteile einbezogen! Aus diesem Beispiele erfahren Sie zum zweitenmal, daß die Volksgemeinschaft mir etwas geschenkt hat. Auch heute noch nimmt die Reichsbank Papiermarkwechsel mit genügenden Unterschriften herein, und es wird lustig weiter draußlos gewirtschaftet.

Um die ganze Größe der widerstimmigen Finanzpolitik verstehen zu können, ist es nötig, sich vorzustellen, daß ein wunderbarer Mercedes-Wagen mit allen Schikanen mich beim heutigen Dollarkurs 600 000 000 M. kostet, also 5 1/2 Dollar. Den Rest hat die Reichsbank mit Hilfe der Wechsel bezahlt. Der Abschluß erfolgte bei einem Dollarkurs von 40 000. Das waren damals rund 1500 Dollar. Mit Hilfe des Wechsels zahle ich aber nur 5 1/2 Dollar!

Die ungeheure Verärgerung der Firmen, die in der glücklichen Lage sind, von der Reichsbank Papiermarkkredite zu erhalten, geht aus diesen Beispielen so klar hervor, daß man sich wundert, wie heute überhaupt noch Papiermarkkredite ausgegeben werden und damit die Spekulation auf die Verschlechterung der Mark begünstigt wird.

Der Dollar wurde gestern bereits mit 12 Millionen Mark und darüber gehandelt. Es ist höchste Zeit, daß der gesamte Kreditverkehr werbefähiger gestaltet und damit der Spekulation auf den Niedergang der Mark der Boden entzogen wird.

Produktionspolitik.

Genosse Dr.-Ing. Martin Wagner, Geschäftsführer des Bundes sozialer Parteileute, stellt uns zur Frage der Produktionspolitik programmatische Gedankenentwürfe zur Verfügung, die uns der Erörterung wert erscheinen, ohne sie uns in allen Punkten zu eigen zu machen.

Die Lebenshaltung eines Volkes ist abhängig von dem Ertrag seiner Arbeit. Der Ertrag der Arbeit ist abhängig:

- a) von der Intensität der physischen Arbeit,
- b) von der denkbar höchsten Ausnutzung der mechanischen Energiequellen (Kohle, Wasser usw.),
- c) von der denkbar höchsten Ausschaltung aller unproduktiven Arbeit (Zwischenhandel, Bureaucratie, überflüssige Konkurrenz usw.),
- d) von der Befreiung der Verläufe im Arbeitsprozeß,
- e) von der Ausschaltung unrationeller und veralteter Produktionsmittel,
- f) von der Umstellung der „Vielerei“-Produktion auf die Produktion lebenswichtiger Standardgüter (Normalisierung und Typisierung der Produktion),
- g) von der Befreiung aller die Produktion hemmenden Monopolgebilde der Wirtschaft,
- h) von der produktiven Verwendung des Kapitals.

Solange nicht obige Ziele mit eiserner Energie und absoluter Konsequenz verfolgt werden, sind alle Bemühungen um den Wiederaufbau der Wirtschaft verlorene Arbeit. Eine Währungsreform ist notwendig. Eine Steuerpolitik ist notwendig. Eine Lohnpolitik ist notwendig. Eine Staatspolitik zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ist notwendig. Alle diese Zwecke der Politik müssen aber die Produktionspolitik zum Ziele haben. Der Arbeitsertrag bestimmt die Höhe der Lebenshaltung.

Kann der Arbeitsertrag über das heutige Maß hinaus gesteigert werden? Man braucht das gegenwärtige Getriebe der Wirtschaft und ihrer einzelnen Zweige nicht mit dem Maßstab der möglichen Spitzenleistungen zu messen. Man kann den Maßstab gesteckt aus einer weit tieferen Schicht wirtschaftlicher Betriebsführer wählen. Man kann alle unangenehmen Reuerungen und Erfindungen zur Steigerung des Arbeitsertrages als zukünftige Reserve betrachten und wird den noch zu dem Ergebnis kommen, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine physische Mehrleistung der Arbeitskraft den Arbeitsertrag und damit die Lebenshaltung des gesamten Volkes um keine 10 Proz. hebt, wenn die verguete 50 Proz. des Arbeitsertrages auf der Passivseite der Wirtschaft stehen bleiben und nicht auf die Aktivseite gebracht werden; denn es hat keinen Sinn, einem Kessel mehr Kohlen zuzuführen, wenn der Dampf aus den Siederöhren strömt und erst gar nicht zum Kolben gelangt.

Die Intensität der Arbeit läßt sich steigern, wenn die Fronarbeit in Freudarbeit verwandelt wird. Die privatkapitalistische Wirtschaft erkennt die Arbeitsfreude als Triebkraft der Wirtschaft nur bei den leitenden Köpfen an, hat aber übersehen, daß auch jeder Arbeiter Mensch ist, der seine höchste Energie nur bei freudiger Arbeit abgibt. Es ist aber nicht wahr, daß der Profit die einzige Triebkraft der Wirtschaft ist. Die Freude und der Eifer als Erreger jeder Arbeit wurde vom Privatkapital durch die Großzüchtung des Profitgeistes künstlich unterdrückt und abgedörrt und es wundert sich heute, wenn die große Masse der Arbeiter die Arbeitsfreude und den Arbeitsstolz verloren hat. Das Privatkapital hat sich an der stillen Grundlage der Arbeit verläßt und hat diese Sünde gutzumachen dadurch, daß der Arbeitskraft ein Mitbestimmungsrecht im Werkprozeß gegeben wird, damit der Arbeiter wieder stolz sein kann auf seine Arbeit und auf seinen Betrieb. Die entseelte Arbeitsfreude schafft einen weit größeren Arbeitsertrag, als er vom Privatkapital durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erhofft werden kann.

Cuno Rückkehr zur Hapag. Wie verlautet, wird der Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie in seiner nächsten Generalversammlung vorschlagen, Dr. Cuno in den Aufsichtsrat zu wählen. Er würde dann in das Präsidium des Aufsichtsrats der Gesellschaft eintreten, das sodann aus den Herren Max v. Schindler, Reich. v. Schroeder und Dr. Cuno bestehen würde. Zunächst beabsichtigt Dr. Cuno, die persönlichen Beziehungen zu seinen amerikanischen Freunden durch einen Besuch in den Vereinigten Staaten wieder aufzunehmen.

Erhöhung des Goldzollaufgeldes. Für die Zeit vom 1. bis 7. September 1923 einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 129 019 900 Prozent. In der laufenden Woche beträgt es 87 180 900 Prozent.

Das Volk in Not!

Die Wirtschaft in Not! Auch die Presse in schwerer Bedrängnis! Kaum je hat ein Volk ähnlich schwere Zeiten durchlebt, als wir es gegenwärtig müssen. Immer neue Wellen der Zerstörung stürmen auf uns herein. Ost hat es den Anschein, als ob das ganze deutsche Wirtschaftsleben zusammenbrechen sollte.

Diese allgemeine Not trifft besonders hart die Presse, vor allem die Arbeiterpresse. Auch der „Vorwärts“, der dem schaffenden Volke ein Führer und Anwalt sein soll, hat schwer um die Aufrechterhaltung seines Ansehens zu ringen. Deshalb ist es gerade jetzt doppelte Pflicht aller Parteigenossen, treu an ihrem Organ festzuhalten und es in jeder Stunde wirksam zu unterstützen. Das geschieht am besten durch eifrige Werbung neuer Mitkämpfer und neuer Leser für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Bohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Die Spaltung der Gewerkschaften.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Unsere Mitteilungen über die Bemühungen der kommunistischen Partei, an Stelle des verbotenen Reichsausschusses der Betriebsräte und des Berliner Fünfzehner-Ausschusses andere Organisationen zu legen, verlor die "Rote Fahne" in ihrer Nummer vom 29. August als Stempel der Giftmischeri, als plumpe Fälschungen zurückzuweisen. Nicht um die "Rote Fahne" zu belehren oder zu überzeugen, sondern um in der Öffentlichkeit den wahren Sachverhalt noch einmal klar festzustellen, bemerken wir zu den Behauptungen des Blattes folgendes:

1. In einem Zirkular, das die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Sekretariat Groß-Berlin, Abt. Gewerkschaften, unter dem 23. August an die politischen und organisatorischen Leiter der Verwaltungsbezirke, an die Betriebsstellen-Obleute und an die Obleute der Kontrollausschüsse versandt, heißt es wörtlich:

"Die von der Zentralleitung zu Montag, den 20. August, einberufene Betriebsrätevollversammlung hat einstimmig beschlossen, an Stelle des verbotenen Fünfzehner-Ausschusses eine neue Körperschaft zu organisieren und zu diesem Zweck am Mittwoch, den 22. August, für alle Industrie- und Gewerbetreibenden Betriebsrätevollversammlungen in ganz Groß-Berlin einzuberufen, in denen Betriebsräteauschüsse gewählt werden. Diese dort gewählten Betriebsräteauschüsse haben aus ihrer Mitte einen Werbeausschuss gewählt. Die Mitglieder der Werbeausschüsse aller Industrie- und Gewerbetreibenden trafen am Donnerstag, den 23. August, zusammen und wählten aus ihrer Mitte einen Vollzugsausschuss, der einstweilen den Namen 'Oppositioneller Ortsausschuss der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Groß-Berlins' trägt. Dieser neugewählte Vollzugsausschuss ist das Exekutivorgan der Groß-Berliner Betriebsrätebewegung. Der von der Vollversammlung der Betriebsräte gefasste Beschluss, am Sonnabend, den 8. September, einen Betriebsrätekongress für Berlin-Brandenburg stattfinden zu lassen, wird von dem neuen Vollzugsausschuss... durchgeführt werden."

2. Ein Zirkular desselben Sekretariats Groß-Berlin-Brandenburg, das die Betriebsstellen-Obleute:

"Die Organisierung der Betriebshundertschaften muß gleichzeitig von den Seiten mehr forciert werden. Referenten über die Aufgaben der Hundertschaften sind rechtzeitig von uns anzufordern."

3. In der Sitzung der Bezirksleitung der KPD. Groß-Berlin vom 15. August wurde von einem Redner folgendes ausgeführt:

"Wir müssen uns einen Apparat für das revolutionäre Proletariat schaffen. Der gegebene Apparat sind die Betriebsräte. Diesen Apparat müssen wir bearbeiten und ausbauen, aber nach einem festen Organisationsplan. Das Endresultat wird sein:

Die Spaltung der Gewerkschaften, und daher müssen wir unser Möglichstes tun, um auch die Union dazu heranzuführen."

Derselbe Redner forderte die Schaffung eines Apparates zur Abkämpfung der Gewerkschaften, nachdem in einer vorausgehenden Sitzung ein anderer Mitglied der Bezirksleitung der Generalkriegsbewegung nachgerühmt hatte, daß es ihr Vorzug gewesen sei, daß sie so scharf gegen die Gewerkschaften eingegriffen wurde. Dieser Redner verlangte auch für die Zukunft das Hineintragen einer neuen Kampagne in die Gewerkschaften.

4. Nach den protokollierten Aufzeichnungen der Sitzung vom 21. August hat Ruth Fischer gesagt:

"Ich habe mit Vergnügen bemerkt, daß während des Streiks die Hundertschaften wie Pilze aus der Erde schossen. Aber sie haben den eigentlichen Zweck nicht erfüllt, sie wurden gebildet, um die Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen. Aber der Zweck des Kampfes ist nicht der, sondern der Zweck ist der Kampf gegen den Faschismus. Wir müssen heute die Frage der Hundertschaften umstellen auf die Betriebsordnungschaften, und diese müssen wir organisieren. Denn diese Frage ist von entscheidender Bedeutung."

In der Donnerstag-Nummer der "Rote Fahne" nimmt auch Ruth Fischer das Wort — um in Wirklichkeit nichts zu sagen. Sie denkt gar nicht daran, zu leugnen, was übrigens längst kein Geheimnis ist: die systematische, bewusste und überlegte Zerschlagung der Gewerkschaften. Wenn diese Absicht gelänge, dann würden die "proletarischen Hundertschaften" und die "Betriebsordnungschaften", die nach Ruth Fischer ihren Zweck, die Zerschlagung der Gewerkschaften nicht erfüllt haben, sondern Stoßtruppen gegen die Gewerkschaften und die ge-

werkschaftlich organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft sind, wie in Italien mit fliegenden Fahnen zu den Faschisten übergehen, mit denen ihre kommunistischen Drahtzieher ja schon Bündnisse.

Der Konflikt in der Reichsbank.

Der Reichsbankkonflikt hat eine Verschärfung erfahren. Die Banknotendrucker haben in der gestern stattgefundenen Betriebsräteversammlung die Forderung aufgestellt, unbedingt in Aktion zu treten, um die Vorgehensweise des Betriebsrates Großmann von der Reichsbank unwillkürlich zu machen. Nach erregter Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

"Die am 30. August tagende Betriebsräteversammlung der Banknotendrucker fordert die an der Aktion beteiligten Organisationen auf, sofort alle Maßnahmen zu treffen, damit der aktive Kampf gegen die Vorgehensweise Großmanns, falls dieselbe nicht zurückgenommen wird, aufgenommen werden kann. Bis dahin sollen die Spitzenorganisationen gemeinsam mit einer zu bildenden Kommission und den graphischen Verbänden einen letzten Interventionsversuch unternehmen."

Unsere werten Inserenten

machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht

VORWÄRTS-VERLAG G.m.b.H.

Die Verhandlungen im Bankgewerbe gescheitert.

Die Verhandlungen, die am gestrigen Donnerstag zwischen dem Reichsverband der Bankstellen und den Organisationen der Bankangestellten über die endgültige August- und vorläufige September-Schlichtungsregelung im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, sind gescheitert, da sämtliche Arbeitnehmerorganisationen das Angebot der Arbeitgeber als ungenügend abgelehnt haben. Der Tarifstreit dürfte infolgedessen den Schlichtungsausschuss beim Reichsarbeitsministerium beschäftigen.

Abgelehnte Lohnverhandlung im Friseurgewerbe.

Mit diesem Bescheid der Arbeitgeber beschäftigte sich eine vollzählige Vertrauensmännerversammlung des Arbeitnehmerverbandes der Friseur. Der derzeitige Wochenlohn beträgt 6 Millionen. Eine weitere Erhöhung wäre nach Ansicht der Meister nicht mehr möglich. Diese Erklärung ist bis jetzt bei jeder Lohnforderung abgegeben worden, so daß diese keine Wirkung mehr hat. Sie stimmt auch nicht mit den Tatsachen überein, die an anderen Orten mit gleichen Verhältnissen und gleich hohen Bedienungspreisen bestehen. Die Löhne sind an allen Orten des Reiches um das Vierfache höher als in Berlin. Die diesigen Bedienungspreise haben sich den Weltmarktpreisen durchaus angeschlossen. Während der Lohn so zurückgeblieben ist, daß er noch nicht die Höhe der Erwerbslosenunterstützung erreicht hat. Die Sache ist um so schlimmer, weil sich die Angestellten, ganz gleich ob Gehilfen oder Lehrling, neben ihrer Berufsausbildung auch das Handwerkzeug selbst halten müssen. Für Instandhaltung und Reinigung desselben müssen wöchentlich allein 3 Millionen aufgebracht werden. Doch unter diesen Umständen der Friseurarbeit und der Berufskunde der Arbeitnehmern wird, ist für jeden vernünftigen einleuchtend und selbstverständlich. Entsprechend den Preisen müßte der Wochenlohn 30 bis 40 Millionen betragen. Wie zum Lohn beantragen die Meister aber auch noch bei der Erwerbslosenfürsorge, den Arbeitlosen keine Unterstützung zu zahlen. Rangiert eines städtischen Facharbeitsnachweises sind die arbeitslosen Gehilfen und Lehrlinge gezwungen, den Nachweis der Anwesenheit in Anspruch zu nehmen. Wer nun ein schlechtes Arbeitsangebot nicht annimmt, wird einfach der Unzufriedenheit auf dem Nachweis unterzogen. Unter diesen Umständen ist die Erzeugung unter den Arbeitnehmern des Gewerbes sehr groß. Beschlossen wurde, zunächst den Schlichtungsausschuss anzurufen. Die weiteren Maßnahmen wird dann die am 6. September stattfindende Betriebsversammlung treffen.

Die Löhne der Maschinenschmiedemacher und Schäftemacher.

Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses sind die Stundenlöhne der Maschinenschmiedemacher für die Woche vom 13. bis 18. August für männliche Zeitlohnarbeiter und als Affordbasis für neue Arbeiter auf 350 000 M., für weibliche Zeitlohnarbeiter und als Affordbasis für Reparaturen auf 332 500 M., und für die Woche vom 20. bis 25. August auf 603 750 bzw. 578 563 M. fest-

gesetzt. Der Lohn für die folgenden Wochen erhöht sich jeweils um den prozentualen Geh der vom Reichsarbeitsamt am Donnerstag jeder Woche herausgegebenen Steigerung des Reichsindex der Lebenshaltung. Grundberechnung bildet der Lohn des männlichen Arbeiters von 603 750 M. Der Schiedspruch ist von beiden Parteien angenommen.

Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses sind die Löhne der Schäftemacher für die Woche vom 13. bis 18. August für männliche Arbeiter auf 350 000 M., für weibliche auf 280 000 M., für die Woche vom 20. bis 25. August für männliche auf 603 750 M., für weibliche auf 483 000 M. erhöht; für qualifizierte Arbeiter 10 Proz. Zuschlag. Der Spruch des Schlichtungsausschusses steht eine Empfehlung an die Vertragsparteien vor, für die folgenden Lohnwochen einen Zuschlag entsprechend dem Reichsindex einzutreten zu lassen.

Löhne der Innungsschmiede.

Wegen der Bezahlung der in den Schmiedebetrieben beschäftigten Kollegen fand eine Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar statt. Es wurde folgender Vergleich geschlossen: Die Löhne der Schäftemacher werden für die Zeit vom 17. bis 24. August auf 350 000 M., für die Zeit vom 24. bis 31. August auf 300 000 M. pro Stunde festgelegt. Die Löhne der übrigen Arbeitergruppen werden im gleichen Verhältnis erhöht.

Die Arbeitnehmer, die in der Zeit vom 4. bis 17. August entlassen sind und daher in den Genuss der erhöhten Löhne nicht kommen, erhalten eine Lohnausgleichssumme von 500 000 M. Mit diesem Vergleich erübrigt sich auch das erneut beim Schlichtungsausschuss anhängig gemachte Verfahren.

Kollegen, die noch Anspruch zu stellen haben, werden ersucht, sich an den Obmann des Schlichtungsausschusses, den Kollegen E. Unger, Berlin SW. 68, Hofmannstr. 23, zu wenden.

Die Löhne in der Lederwarenindustrie. In freier Vereinbarung wurde für alle Zeit- und auch Affordlöhner ein genereller Zuschlag von 60 Proz. festgelegt. Die Löhne betragen mitteln: für Radarbeiter 840 000, für Hilfsarbeiter 764 400, für Stepperinnen 571 200, Lehrlinge erhalten im ersten Jahre der Lehrzeit pro Woche 8 780 000, im zweiten Jahre 4 620 000, im fünften Halbjahre 5 880 000 und im sechsten Halbjahre 8 200 000 Mark. Nachträge können heute abgeholt werden.

Angestellte des Elektro-Großhandels. Die Tarifverhandlungen am Donnerstag, in denen das endgültige Augustgehalt festgelegt werden sollte, sind gescheitert, weil die Arbeitgeber ungenügende Zugeständnisse machten. Es mußte deshalb vom Zentralverband der Angestellten (Vest-Aniancestr. 7 I) der Schlichtungsausschuss angerufen werden, der in den nächsten Tagen entscheiden wird.

Uhtung, Brannenbauer! Durch freie Vereinbarung mit den Unternehmern wurden am Mittwoch folgende Löhne ab 25. bis 31. August vereinbart: Brannenbauer 1 020 000 M., Helfer 960 000 M., Vorknecht 994 500 M., Neueintretende 948 500 M.

Bauhilfsarbeiter und Möbelschleifer. Durch Vereinbarung sollen bis Sonnabend, den 1. September, 70 Proz. des Lohnes der Woche vom 23./28. August als Vorzuschlag gezahlt werden. Alles übrige in den stattfindenden Versammlungen. Urt. d.

8.30. (Recher-Gesellschaft im V.D.) Sonnabend, abends 7 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24. Thema: 1. Vorbereitung der Ruhrarbeit von der Gewerkschaftsarbeit. Referent: Schöne. 2. Personalfragen.

19. Funktionäre Metallindustrie. Versammlung heute abend, 7 1/2 Uhr, in den Rüstwerken, Riesen-Ringstr. 21. Funktionärsausweis, Mitgliedsbuch des V.D., Tusch und V.D. legitimiert.

Deutscher Holzarbeiterverband, Versammlung heute abend, 7 Uhr, in der erweiterten Ortsverwaltung im Verkehrsgebäude.

5.4. Uhr: Sitzung der ersten Ortsverwaltung; abends 7 Uhr: Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung im Verkehrsgebäude.

Verband der Schlichter und Schlichterinnen, Gruppe Landvolkskammer, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Berlin SW., Engelauer 24. Thema: Bauernvereinsarbeit.

Veranstaltung für Politik: Richard Bensch, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Maria Salerna, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Salern, Berlin; Referent: R. A. Böhm, Wilmersdorf; Lohndienste: Carl Kersch, Wilmersdorf; Amigen: Th. Gade, Berlin.

Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Betriebsrat Paul Singer u. Co., Berlin SW. 8. Zehnstecke 3. Straße 1. Hofweg.

Bergmanns Zahnpassa
Rosodont
die Sparsamkeit selbst
Seit 70 Jahren bewährt

Wer an **Hühneraugen** leidet hüte sich, mit dem Messer zu schneiden. Ebenso wenig lasse man sich durch aufdringliche Anpreisungen dazu verleiten, teure Höheraugenmittel zu kaufen, welche nur aus einem Stückchen gestrichenen Pflasters bestehen. Denn dieses klebt meistens am Strumpfe fest, verschiebt sich häufig, und entsteht dann bei empfindlicher Zehenhaut leicht Entzündungen. Gegen

Hühneraugen auf den Zehen gibt es nichts Besseres als die seit 20 Jahren bewährten Zehenbinden

Hühneraugen-Lebewohl.
Heftpflasterband Heftpflasterband
Filzring Pflasterkern

Bei denkbar bequemster Anwendung lindern diese durch den druckmildernden Filzring den Schmerz sofort. Durch den erweichenden Pflasterkern wird das Hühnerauge in wenigen Tagen radikal beseitigt. Gegen schmerzhaftes

Hornhaut auf der Fußsohle sind **Lebewohl-Ballen-Scheiben** in ihrer Art einzig dastehend. Die Deckscheiben verhindern jedes Verrutschen sowie das lästige Festkleben am Strumpfe. Der Schmerz verschwindet bald nach dem Auflegen. Die Hornhaut stirbt ab u. löst sich von selbst los. Beschleunigt wird die Wirkung durch vorheriges Baden der Füße mit

Lebewohl-Fußbade-Pulver nebenbei ein geradezu ideales Mittel zum Abhärten empfindlicher Füße, gegen Wundlaufen und Schweißgeruch. Erhältlich in Drogerien und Apotheken.
Man verlange ausdrücklich „Lebewohl“.

Theater, Lichtspiele usw.

Gr. Schauspielhaus
5 Uhr: Sommeradlerstraßen
Theater d. d. Königsgrätzer Straße
Heute geschlossen

Berliner Th.
7.30 Uhr: Madi

Deutsch Opernhaus
7 Uhr: Tannhäuser

Große Volksoper
im Theat. d. Westens
8 Uhr: Julius Caesar

Intimes Theater S.
Diplomat im Dienst
D. blaue Pyjama etc.

Metropol-Theater
Letzt. Vorstellungen
8 Uhr: Die Schöne der Frauen

Neues Theat. a. Zoo
8 Uhr: Lebküchler des Fridericus Rex

Schiller-Th. Charl.
8 Uhr: Söge Soal

Th. a. Nollendorferpl.
7 1/2 Uhr: Mein Freund der Lokal

8 Wallner-Th. a.
Die Luxustrau
Ab Sonnab. u. gl. Su.
Die tolle Lola

5. Residenz-Th.
8 Uhr: Der gute Ruf

8 U. Kleines Th.
Lepidien Komödien in:
Klarissas halbes Herz

Volksbühne
Theat. 8 Uhr: Der Opernhall
Lesung-Theater
8 Uhr: Der Strom
Ab Sonnab. u. gl. 7 1/2 Uhr
Wie es auch gefällt

7.11. U. Trianon-Th.
Eugen Burg in:
Casinovas Sohn

Theater des Ostens
7 1/2 U. Die Dame mit der Maske

Casino-Theater
nennen Reichen
8 U. Die 8 U.
Reichshalle
Theater
7 1/2 U. St. Säng.

Th. a. Köth. Tor
Theat. 7 1/2 Uhr
ELITE
Sänger
im Wilhelms
August-
Programm
8.1. Sonntag
und Frey

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Berliner
Bockbräner
Belle-Alliance-
Ecke Fildinstr. 10
Freitag, Sonntag
Erstklass. Kabarett
Anfang 8 Uhr

Spielplan v. 31. 8. — 6. 9. 23

UFA-PALAST A. ZOO
Sodom und Gomorra

TAUENTZERNPALAST
Nudendebrock

U. T. KURFORSTEND.
Hiena und Fix und Fax

U. T. NOLLENDORFFPL.
Shakeltons Todes-
fahrt zum Südpol

KAMMERLICHTSPE
Friedrichs Rex

U. T. FRIEDRICHSTR.
Der Idiot

U. T. ALEXANDERPL.
Patscha, die Tänzerin
Katharina der Großen.

U. T. WEINBERGSWEG
Zwei Weisen im
Sturm der Zeit

U. T. SCHÖNEBERG
vom 1. 8. — 3. 9. 23
Firncausseh
von 4. 8. — 6. 9. 23
Die Erdname

U. T. HASENHEIDE
Zwischen Himmel
und Erde

Strabrennen Ruhleben
Freitag, 31. Aug., nachm. 1 1/2 Uhr

Zahnheile
Gold-, Silber-, Porzellan-, Brillanten-
arbeit und jede Art höchster Preise
Fritz Böckh, Juwelier
Kleine Franzfurter Straße 1.

Bekanntmachung

Im Einvernehmen mit dem Bezirksamt teilen wir hierdurch mit, daß für den Gasverbrauch von der Standaufnahme im August d. J. an in Eichweilhe und Zehlendorf dieselben Gaspreise erhoben werden sollen, wie in Berlin-Steglitz.

Infolgedessen wird die Erhöhung der Gaspreise, nachdem die Erhöhung des Gaspreises auf 400 000 M. je Kubikmeter erachtet werden. Da wir jedoch veranschaulicht einen Durchschnittspreis berechnen wollen, so soll als Übergang zu dieser Maßnahme in

Berlin-Zichterfelde und Zehlendorf

der Preis für den Gasverbrauch, der seit dem 1. August durch unsere Benutzungen erfolgen soll, ab dem 1. September d. J. auf 200 000 M.

In Zehlendorf einschließlich Rohren- und Leitungsbau und Werte für Gasmeter und Messungsmittelrechnungen, sowie Abgabe an die Gemeinden betragen.

Für den durch die Gasverbrauchsaufnahme nach dem 1. September d. J. festzustellenden Verbrauch werden wir ein notwendig werdendes Preisänderungen betragen.

Im Interesse einer gleichmäßigen Bezahlung unserer künftigen Gasverbraucher werden wir vom 1. September d. J. ab bei allen Kunden den Betrag für den Verbrauch, der seit der vorangegangenen Standaufnahme festzustellen hat, sofort bei der Standaufnahme erheben. Wir bitten infolgedessen, die Einzahlung der Empfangsbekanntgebungen, die von unseren Benutzungen empfangen werden, sorgfältig zu leisten. Eine Einzahlung des Betrages an anderer als der Bestimmungsorte können wir nicht mehr vornehmen. Unsere Benutzungen, bei denen wir bisher die künftigen Beträge von ihnen festhielten, können aber Spezialkonten eingerichtet haben, werden jedoch, die Zahlungen ebenfalls sofort bei der Standaufnahme an unsere Benutzungen zu leisten.

Die Rechnungen über den bis zum August-Standaufnahme festzustellenden Verbrauch werden, soweit dies noch nicht geschehen ist, in den nächsten Tagen zur Einzahlung gelangen.

Berlin, den 30. August 1923.

Gasbetriebsgesellschaft
Aktiengesellschaft.
Der Vorstand: C. Ritting.

Bekanntmachung

Von dem mit Zustimmung des Herrn Reichsministers der Finanzen und der Reichsbank ausgearbeiteten Reichsgeld der Deutschen Reichsbank gelangen nunmehr auch die bereits angekündigten

2- und 5-Millionenstücke

in den Verkehr. Sie haben, von der Reichsbank ausgeben, den gleichem Wert wie die 1-Millionenstücke, jedoch eine Umschreibung bis 30. November 1923 und die Unterschrift des Reichssekretärsministers Deise.

Bei dem 2-Millionenstück sind Reihe und Nummer schwarz gedruckt. Der 5-Millionenstück sind grau-rosa-grün gedruckt an der linken Seite die Umschreibung 2 Millionen. Die Größe ist 65:115 mm. Reihe und Nummer des 5-Millionenstück sind braun gedruckt. Der 5-Millionenstück sind violett-grün-violett. Die Größe ist 65:115 mm. Der Eindruck ist bei allen Scheinen weinrot.

Berlin, den 30. August 1923.
Der Reichsversorgungsminister.
Deise.

Goldgelbe Oriental-Zigaretten
bilde Packung, 25 u. 50.
Kur heute 2-4 Uhr.
Nur an Wiederverkäufer:
Soyal 24 WIL. Balken 28 WIL.
Goldgelbe 30 WIL. (Doppelpackung)

Gutlicht
Blauer Tabak
Röbender Straße 7a.

Weiß unter Preis!
Kaffeebohnen, große, 20 000, 30 000, Babende von 50 000 an, Schöneberg 10 000 Mark, Tollensteine 5000 Mark an, Rüsse, Wirsing, Cavi de Colagne, Samen, rote, schwarze, Zigaretten, und Gummiwaren, hohe Villa, N. Wagh & Co., Markgrafstr. 54, an d. Lindenstraße, 10-6 Uhr. Sept. 1923.

Die Ursache der Pilzvergiftungen.

Sammle nicht, was Du nicht kennst!

Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin teilt mit: Soweit die Ermittlungen des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin bisher zu einem Ergebnis geführt haben, ist als die Ursache der Pilzvergiftungen der letzten Tage der grüne Knollenblätterpilz (*Amanita phalloides*) ermittelt worden. Einzelne Fälle sind noch nicht aufgeklärt. — Der grüne Knollenblätterpilz ist der gefährlichste Giftpilz unserer Wälder. Er kann infolge seiner grünen Farbe mit dem essbaren Grünling (*Tricholoma equestre*) verwechselt werden. Er unterscheidet sich von diesem durch die weißen Lamellen (Blätter auf der Unterseite des Hut) und dem weissen oder grünlichen, mit einem roten Ring versehenen Stiel, der am Fuße knollig verdickt und von einer Hautscheide umgeben ist. Er kommt hauptsächlich im Mischwald unter Eichen von August an vor. — Der Grünling hat gelbe Lamellen und einen gelben Stiel, ohne Ring, ohne Knollen und ohne Scheide. Er wächst gewöhnlich erst im Spätherbst in sonnigen Kleefeldern. Das Hauptgesundheitsamt wird, sofern es in der Lage ist, das erforderliche Material beschaffen, baldigst in der Vorhalle seines Dienstgebäudes, Berlin E., Fischerstr. 39/42 (gegenüber der Sparkasse) den giftigen grünen Knollenblätterpilz und Abbildungen des jetzt noch nicht vorkommenden Grünlings ausstellen. Sobald das erforderliche Schaumaterial vorhanden ist, wird dies bekannt gegeben werden.

In ganz ungewöhnlicher und abschreckender Weise häufen sich in diesem Sommer die Nachrichten über Pilzvergiftungen mit tödlichem Ausgang. Alle Pilzliebhaber beschäftigen nach solchen traurigen Vorkommnissen die Frage, wie man sich gegen Vergiftungen schützen kann. Daß die „altbewährten“ Mittel nicht zuverlässig sind, hat manche böse Erfahrung gelehrt. Auch wenn die Zwiebel, die man mit den Pilzen kocht, oder der Silberlöffel, den man hineinsteckt, sich nicht verfärben, ist noch keine Gewähr gegen Beimengung giftiger Pilze gegeben. Der sicherste Schutz vor Giftpilzen ist immer noch, sich genaue Kenntnisse der Pilze zu verschaffen, die man sammeln will — und bei Mangel genauer Kenntnisse das Pilzsammeln zu unterlassen. Sehr selten wird bekannt, daß Pilze, die beim Händler gekauft, also vermutlich von gewerbsmäßigen Sammlern hergebracht waren, zu Vergiftungen geführt hätten. Fast immer sind die Vergiftungen durch solche Pilze verursacht, die ein „wildes“ Sammler in sorgloser Unwissenheit aufgelesen hatte.

Die Sammlerschar der Hungerzeit.

Die „wildes“ Sammler haben sich in Berlin seit den Kriegsjahren sehr stark gemehrt, und das erklärt auch die auffällige Zunahme der Pilzvergiftungen. Leute, die früher das Pilzsammeln erträufelt als nicht „standesgemäß“ abgelehnt hätten, beteiligen sich jetzt mit Eifer daran. Ausgerüstet mit Läden, Körbchen, Regen, Säcken durchstreifen sie die Wälder der näheren und ferneren Umgebung Berlins und sammeln dort Pilze, was sie für essbar halten. Die fortschreitende Teuerung aller Lebensmittel und die immer drückendere Erschwerung der Haushaltsführung nötigen immer mehr Familien dazu, auf die Pilzjagd zu gehen, die sie früher als ein Kennzeichen der Armut ansehen. In Hungerzeiten, wie sie mit Beginn des Krieges über uns hereinbrachen, greift der Bedrängte nach jedem Mittel, die knappe Nahrungsmenge zu vermehren. Die Pilzsucherei wurde in den Kriegsjahren sogar amtlich gefördert, weil es galt, die Hungernden zu beschwichtigen. Erst seitdem ist es üblich geworden, daß ganze Scharen „wildes“ Sammler die Wälder durchstreifen und abräumen. In diesem Jahr aber ist der Ertrag nur gering. Seit langer Zeit ist kein Jahr so arm an Pilzen gewesen, wie 1923. Infolgedessen wird gewiß auch mancher Pilz mit Ausgerast der in ertragsreicheren Jahren keinen Liebhaber fände. Mangel stumpft ab — und dem Entbehrenden gilt noch vieles als genießbar, was der Bemittelte mißtrauisch und voll Widerwillen zurückweist.

Der gefährliche Knollenblätterpilz.

Bei den Pilzvergiftungen der letzten Wochen und Tage ist immer wieder der „Wiesengrünling“ genannt worden, der besonders im Mischwald zu finden sei und die Todesfälle verursacht habe. Wahrheitsgemäß handelt es sich aber um den gefährlichen Knollenblätterpilz, der fast stets bei Pilzvergiftungen seine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Die Bezeichnung

„Wiesengrünling“ ist wenig bekannt, selbst kundige Pilzsammler wissen kaum von ihr. Aber der grüne Knollenblätterpilz hat auch den warnenden Namen „Giftgrünling“. In einem älteren Pilzbuch sehen wir unter einer Abbildung des grünen Knollenblätterpilzes mit dem Zusatz *Amanita phalloides* (dem lateinischen Namen dieses giftigen Pilzes) die einfache Benennung „Grünling“, die den Nichtkenner in gefährlicher Weise irreführen könnte. Der wirkliche Grünling ist bei einiger Aufmerksamkeit nicht mit dem Knollenblätterpilz zu verwechseln, den kein am Grunde dickknolliger Stiel kennzeichnet. Auf unsere Anfrage wurde uns auch im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin von Professor Dr. Seligmann, dem Direktor der Hygienisch-bakteriologischen Abteilung, die Auskunft gegeben, daß die neuesten Vergiftungen anscheinend auf Knollenblätterpilz zurückzuführen sein. Das Hauptgesundheitsamt hat schon am Dienstag mehrere Sachverständige beauftragt, Ermittlungen anzustellen, um diese Vergiftungsfälle möglichst aufzuklären.

Mehr Pilzkenntnis der beste Schutz.

Die Frage nach einem Schutzmittel haben wir schon oben beantwortet: Verschaffe dir mehr Pilzkenntnis! Zweckmäßig ist, mit einem tüchtigen Pilzkennner sammeln gehen. Der erteilt dir einen Anschauungsunterricht, wie du ihn besser nicht wünschen kannst. Wenn sich dir eine solche Möglichkeit nicht bietet, mußt du andere Belehrung suchen. Pilzbücher gibt es in Menge, aber sie sind sehr teuer wie alle Bücher. In Berlin wurden eine Reihe von Jahren hindurch Pilz-Ausstellungen veranstaltet, im Botanischen Museum, im Märkischen Museum, im Hauptgesundheitsamt. Die Ausstellungen im Märkischen Museum unter Leitung des als Pilzkennner geschätzten Berliner Lehrers Roman Schulz wurden besonders stark besucht. Auch Vorträge im Botanischen Museum und im Märkischen Museum brachten manche Belehrung über Pilzkunde. Zu erwägen wäre, ob nicht die Schulz im Rahmen ihres Botanikunterrichtes mehr als bisher die Pilzkunde berücksichtigen soll. Die Belehrung müßte allerdings möglichst dem praktischen Zweck angepaßt werden, der sich aus der Zunahme des Pilzsammelns und der Steigerung der Vergiftungsgefahr ergibt.

Daß übrigens auch nichtgiftige Pilze zu Vergiftungen führen können, ist immer noch nicht hinreichend bekannt. Alte, wässrig gewordene, vielleicht schon saulende Pilze soll man weder sammeln noch vom Händler annehmen, weil sie oft ebenso gefährlich wie Giftpilze sind. Aber auch frische Pilze soll man nicht zu lange aufbewahren, da immer mit der Gefahr rascher Fäulnis zu rechnen ist. Das möglichst bald zubereitete Pilgericht darf auch nicht Tage hindurch stehen, ehe es genossen wird. Nicht selten sind nach dem Genuß eines zu lange aufbewahrten Restes zubereiteter Champignons schwere Vergiftungen beobachtet worden.

Zahlung der fälligen Steuern.

Die Erhöhungen der Vorauszahlungen für Reichseinkommensteuer sind, wie die Hauptsteuerverwaltung mitteilt, an diejenigen Stellen zu zahlen, bei der die Reichseinkommensteuer erhoben wird, also, soweit die Einkommensteuer von den städtischen Steuerstellen erhoben wird, an diese; sonst an die Finanzstellen. Die Rhein-Ruhrabgabe und die Betriebsabgaben der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe und die Kraftfahrzeugabgabe sind stets an die Reichsfinanzstellen abzuführen. Die am 25. August fälligen Beiträge werden von Anfang September ab mit einem Zuschlag in Höhe des vierfachen des Schuldbetrages für jeden angefallenen halben Monat belegt. Maßgebend für die Fälligkeit dieses Zuschlages ist der Tag, an dem die Kasse bei Vorzahlung das Geld empfängt, oder bei unbarbarer Zahlung die Verfügbarmachung über das Geld erhält. Um sich vor den sehr erheblichen Zuschlägen zu schützen, kann also nur empfohlen werden, möglichst frühzeitig zu zahlen. Bei der Wichtigkeit des rechtzeitigen Einganges der Abgaben wird hinsichtlich der Rückstände die Zwangsverfolgung sofort nach Ablauf der Fälligkeit zu beginnen und mit größter Beschleunigung durchzuführen. Voraussetzung einer schnellen und glatten Abwicklung der Steuereinzahlungen ist allerdings, daß die Steuerbehörden Vorfrage treffen, daß den Steuerzahlern, die einzahlen müssen, das Geld auch sofort und ohne langes Säumen abgenommen wird.

zusehen, ihn mit Teufelskraft schuldig zu erklären, verhärtete er in seinem Sinn und gab knappe Antworten, die nichts offenbarten, was nicht schon in den Akten stand. Ebenso offenbarunglos verliefen die Zeugenansagen. Am Nachmittag folgten die Reden des Staatsanwalts und des Verteidigers. Der Staatsanwalt wiederholte ungefähr die Anklageakten, ließ zum Schluß jedoch durchblicken, daß er nicht abgeneigt sei, mildernde Umstände gelten zu lassen; am Mordversuch sei jedoch unbedingt festzuhalten. Der Verteidiger, den auf Wunsch des Angeklagten das Gericht bestellt hatte, war ein blutjunger Mensch. Er las hastig einen Aufsatz vor, in dem gesagt war, daß man der Vererbungstheorie Rechnung tragen müsse, daß es unbedingt angezeigt gewesen wäre, ein irrenärztliches Gutachten einzuholen, daß kein Klient unter allen Umständen und absolut freigesprochen, jedenfalls aber nur des Totschlagsverdachts, aber wenn schon, dann halt in Gottes Namen des Mordversuchs, aber dann doch und in Übereinstimmung mit dem Staatsanwalt, mit Zustimmung von mildernden Umständen schuldig gesprochen werden müsse. Als der junge Herr noch einmal ausholen und von den möglicherweise infolge eines vielleicht vorliegenden übermäßigen Alkoholgenußes ausgelöstem Hemmungen reden wollte, begann der Präsident zu husten, worauf der Verteidiger errötend und hastig ans Land schwamm und schloß: „Meine Herren Geschworenen, und nun tun Sie Ihre Pflicht!“ Der Herr Gerichtspräsident nickte unmerklich und höflich, er sei zufrieden mit dem jungen Mann, und sagte: „Sie wünschen wohl nicht zu replizieren, Herr Staatsanwalt!“ worauf dieser ein „Verzichte!“ in den Saal schmetterte. Der Präsident wandte sich an Kilian: „Angeklagter, Sie haben das letzte Wort. Haben Sie den Geschworenen noch etwas zu sagen?“ Kilian stand auf. Nach diesem Augenblick hatte er sich gefehnt, wie ein Verdursteter nach einer Quelle, wie ein Blinder nach Licht. Aber nun fehlte ihm die Kraft; nun war er erschöpft nach dem monatelangen Harren, nach der Folter dieses Tages. Und zudem: man hatte sich doch ganz falsch zu der Sache eingestellt. Er selber war in dieser falschen Anschauung befangen, ganz und gar, so daß er alles vergaß, was er sich zu sagen vorgenommen hatte. Es paßte auch gar nicht mehr. Die vielen Angeklagten geht es so! Sie wollen im letzten

Stillstand im Siedlungswesen.

Dem Mangel an Mitteln scheint auch das Siedlungswesen erliegen zu sollen. Zum Siedeln gehört Geld, nicht nur für die Errichtung von Wohnhäusern und Ställen, sondern ebenso für die Regulierung von Wegen und Straßen. Berlin kann aus dem Ertrag der Wohnungsbaubgabe einweisen fast nur noch solche Bauten bezuschussen, die an schon regulierten Straßen errichtet werden, wobei es sich oft um Ausfüllung von Bauflächen durch größere Mietshäuser handelt. Die Kostspieligkeit der Straßenregulierungen hindert nicht nur, daß neue Siedlungen entstehen, sondern hemmt auch die schon bestehenden Siedlungen in ihrer Weiterentwicklung. Bedauerlich ist die Erregung, die sich der Siedler bemächtigt hat. Zur besseren Wahrung ihrer Rechte hat sich vor einigen Monaten ein Zentralverband der Siedler Groß-Berlins zusammengeschlossen, der die Interessen der ihm angehörenden Siedlervereine gegenüber Behörden und Unternehmern vertreten will. In einer von ihm einberufenen Versammlung, die am Mittwoch in Berlin stattfand, wurden gegen die in Frage kommenden Behörden viele Beschwerden vorgebracht. Man hatte den Eindruck, daß bei dem im Siedlungswesen eingetretenen Stillstand auch die Schwerefälligkeit des Bureaukratismus eine Rolle spielt. Der Verbandsvorsitzende Rektor Lindhorst-Wittenau stellte in seinem einleitenden Referat den Vankrott des Siedlungswesens in Aussicht, wenn die den Siedlern gemachten Schwierigkeiten nicht beseitigt würden. Es folgte eine Reihe von Reden über Einzelfragen. Waluth-Berlin, der über die verzögernde Erschwerung bei Gesuchen um Baugenehmigung sprach, wies hin auf die daraus in Zeiten rascher Materialpreiserhöhung sich ergebende unerträgliche Verzerrung der Baukosten. Boges-Wittenau forderte, daß die Behörden die hausausführenden Unternehmer streng kontrollieren, damit nicht durch Fälscherei die Siedler geschädigt werden. Vink-Nahleroff regte unter anderem an, zur Straßendefinition in Siedlungen leichteres Material zu verwenden, z. B. durch Chauflierung mit Schlacken die Straßendefinitionen zu verbilligen. Freistadt-Reinholdsdorf klagte über Belastung der Siedler durch die Steuern und Abgaben, die für Einfamilienhäuser ganz anders als für große Mietshäuser ins Gewicht fallen. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die von den Behörden mehr Rücksicht auf die Siedler fordert. Die Behörden sollen künftig bei allen Siedlungsfragen ihre Maßnahmen nur unter Mitwirkung der zuständigen Siedlerverbände treffen.

Tunlichst Gerechtigkeit!

Die Gaspreisberechnung vor dem Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß der Stadt Berlin beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den in den letzten Wochen vorgetragenen Schwierigkeiten infolge der Gaspreiserhöhung und beschloß, den Magistrat zu ersuchen, bei der Eingabe der erhöhten Gaspreise tunlichst Milde walten zu lassen und zu ermahnen, ab in Zukunft unter Vermeidung neuer Verwaltungskosten nicht eine Selbstbefreiung des Gasverbrauchers durch die Konsumenten oder eine Durchschnittsberechnung des Preises auf Grund der für die einzelnen Wochen festgesetzten Preise erfolgen kann.

Der Haushaltsausschuß hat in der Sache, um die es sich handelt, vorbeisprechend, daß der Magistrat in einer wirtschaftlich bedrängten Zeit, wie wir sie jetzt durchleben müssen, Milde walten lassen muß, ist eigentlich selbstverständlich. Nicht für selbstverständlich — was es sein möchte — scheint es aber der Magistrat zu halten, einen für alle Gasabnehmer in der kritischen Zeit festzulegenden durchgängig gleichmäßigen Preis festzusetzen. Nur dieses ist der prinzipielle Punkt. Fälle, wie wir sie hier schildern mußten, wo dasselbe Revier am gleichen Tage für zwei Abnehmer zwei verschiedene Preise berechnet, sind wohl der Gipfelpunkt sozialer Ungerechtigkeit. Die Berliner Gasverbraucher wollen nicht „tunlichst Milde“, sondern tunlichst Gerechtigkeit. Die können sie fordern, und zwar so schnell wie möglich.

Die neue Schlüsselzahl für Hebammen. In der Mitteilung in der Donnerstag-Morgennummer des „Vorwärts“ über die Neuordnung der Hebammengebühren ist nachzutragen, daß die Schlüsselzahl ab 28. August bereits 8000 beträgt. Außerdem ist nachträglich noch festgesetzt worden die Schlüsselzahl 800 für die Zeit vom 1. bis 14. August. In Zukunft werden voranschreitend die Schlüsselzahlen nicht mehr täglich, sondern wöchentlich festgesetzt werden.

Die Juristische Sprechstunde findet von Montag, den 3. September d. J. ab wieder wie folgt statt: Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, Sonnabend von 3 bis 5 Uhr.

Kilian.

Roman von Jakob Böhner.

Es fing sehr übel an. Der Gerichtsschreiber las die Anklageakten vor. Darin stand, daß Kilians Vater im Zuchthaus geendet habe, daß der Bube keine rechte Erziehung genossen, daß er in Zürich mit gefährlichen Elementen verkehrt, daß er mit Fahrmarktsbuden herumgezogen, daß er in den letzten Jahren seine rechte Beschäftigung mehr gehabt und als Lingelangel-Sänger aufgetreten sei. Trotzdem habe er bei seiner Verhaftung annähernd tausend Frank auf sich getragen, über deren Herkunft er zwar bestimmte, doch nicht über jeden Zweifel erhebene Angaben mache. Hierauf waren in der gleichen einseitig belassenden Weise die Vorgänge bei der Tat als ein Akt roher Eifersucht geschildert. Zugunsten des Angeklagten spräche einzig seine Jugend und der miserable Ruf der Person, der das Attribut gestolten habe. Das war die Anklage. Durch das Verhör wurde nichts besser. Kilian hatte nur auf die Fragen zu antworten, die ihm der Präsident stellte, und die alle nur darauf hinausgingen, seine Schuld und Schlechtigkeit, nicht aber die Wahrheit zu beweisen. Während der Untersuchungsrichter die Frage offen gelassen hatte, ob Kilian überhaupt geschossen habe, oder ob ihm die Waffe in der Erregung nur aus Versehen losgegangen sei — eine Grobherzigkeit des Richters, der Kilian einzig verdonnerte, daß er auf freiem Fuß belassen worden war —, hatte die Anklage kurzerhand die Mordabsicht als Tatsache hingestellt, und der Standpunkt der Anklageakten war nun verdrückterweise der Standpunkt des Gerichtspräsidenten. Wer einige Erfahrung in Strafprozessen hat, weiß, daß dies die Regel ist. Kilian hatte dem Untersuchungsrichter verschwiegen, welches die Geschäfte waren, die Maruschka an dem verhängnisvollen Abend vorhatte. Er hatte sich aber sehr vorgenommen, heute am entscheidenden Tag damit nicht hinter dem Berg zu halten. Maruschka war verzeilt, und eine Entschuldigend konnte ihr kaum Schaden, stand sie doch in den Gerichtsakten in ganz üblem Licht. Nun aber die Anklage und die Fragen des Präsidenten einzig darauf ausgingen, ihn herein-

Augenblicke die Sache so darstellen, wie sie sie sehen, wie alles gekommen ist. Aber es fehlt ihnen die Kraft, und es fehlt die Voraussetzung des guten Willens, zu verstehen. Kilian stammelte etwas, aber plötzlich riß er sich mit letzter Kraft zusammen und sagte: „Meine Herren Geschworenen, ich bin dreißig Jahre alt und habe tausend Franken selber verdient. Ist das etwa nichts? Es scheint Ihnen, daß ich mich rühme. Sie alle sind Geschäftsleute, Handwerker und Schlossermeister und Krämer. Sie wissen, was das heißt, tausend Franken zusammenzuarbeiten. Sie lachen. Aber das wissen Sie so gut wie ich; anders geht es nicht. Nur mit Profit und Prozenten kann man in unserer Demokratie etwas auf die Seite bringen. Bei uns aber wird der geachtet und geehrt, der es zu etwas bringt. Deshalb glaube ich nicht, daß Sie mich verachten können, wenn ich jetzt schon tausend Franken bei einander habe. So viel wollte ich Ihnen sagen über meine moralischen Fähigkeiten. Ich glaube, daß Sie mich verstehen!“ Der Saal dröhnte vor Lachen, und der Präsident mußte heftig die Klingel schwingen, bis es Ruhe gab und Kilian, der am ganzen Leibe zu zittern begann, fortfahren konnte: „Man hat hier auch abschäbig von Maruschka gesprochen, weil sie eine gewerbsmäßige Dirne sei. Ich frage Sie: Wer ist verantwortlich, derjenige, der etwas Schändliches begeht, und für dieses Schändliche bezahlt, oder derjenige, der damit wenigstens etwas verdient? Will sagen: Ist die Dirne gemeiner oder der, der zur Dirne geht? Wenn aber einer unter Ihnen ist, der noch nie bei einer Dirne war, so soll er aufstehen.“ „He, he!“ rief der Präsident, die erneute etwas gedämpftere Heiterkeit bekämpfend. „Sie haben nicht das Recht, die Herren Geschworenen zu beleidigen!“ „Es liegt mir natürlich völlig fern“, fuhr Kilian erregt fort, „jemand beleidigen zu wollen. — Ich wüßte auch nicht, wie ich das getan hätte. Ich glaube, daß ich ein wenig irredede. Ich sage gar nicht, was ich eigentlich sagen möchte. Eigentlich wollte ich sagen... Es kann die Herren nicht mehr beleidigen, wenn ich behaupte, daß Sie alle zu Dirnen gehen, als wenn man öffentlich zwischen das Gotteshaus und das Bundeshaus ein Hurenhaus stellt.“ „Reden Sie zur Sache, oder ich entziehe Ihnen das Wort!“ schnauzte der Präsident. (Fortsetzung folgt.)

Verbotene Hilfe.

Maurergeselle und Kinovorführer als Helfer.

Drei Stätten unerlaubter Hilfe, die planmäßig betrieben wurden und ihren Inhabern Milliarden einbrachten, wurden von der Kriminalpolizei ausgehoben. Ein 31 Jahre alter Dr. med. Edward Mayer, der vor einem Jahr sein Staatsexamen machte, legte sich alsbald auf eine Praxis, von der er sich als geschäftstüchtiger Mann weit mehr versprach, als die ärztliche Tätigkeit einzubringen pflegt.

Das Raubattentat am Nürnberger Platz.

Um das Raubattentat in der Pension am Nürnberger Platz, über das wir im gestrigen Morgenblatt berichteten, liegt nach den vorgenommenen Untersuchungen der Kriminalpolizei ein dichter Schleier gebreitet. Die Frauen haben sich bei ihrer weiteren Vernehmung in Widersprüche verwickelt, so daß die kriminalistischen Ermittler zu der Annahme neigen, das ganze Attentat könnte erfolgen oder zum mindesten stark übertrieben sein.

Devisenbeschlagnahme in der Grenadierstraße.

Gestern nachmittags wurde durch Beamte der Abteilungen W und Ia des Polizeipräsidiums eine Kontrolle in verschiedenen Häusern der Grenadierstraße nach Devisenhandeln vorgenommen. Etwa 100 Beamte der Schutzpolizei waren zur Absperzung herangezogen. Es wurden im ganzen 692 Personen mit Passautos nach der Kaserne in der Alexanderstraße gebracht.

Jugend heraus!

Kundgebung gegen Gewalt / gegen Putschismus und Nationalismus / für die Republik / gegen imperialistische Kriege / für Völkerverständigung und Weltfrieden am Sonntag, den 2. September, vorm. 10 Uhr, Böhm-Drucker, Prenzlauer Allee 247.

Thema: Sedan und die arbeitende Jugend. Genossen, werdt für die Veranstaltung in Betrieben, Kantor und Schule! Erscheint in Massen! Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Auf die neuen 2- und 5-Millionencheine der Reichsbahn weist eine Anzeige im Interimsteil der vorliegenden Ausgabe hin. Das Orchester Hartmann 1921 konzertiert am kommenden Sonntag mittags von 12 bis 1 Uhr im Park des Betersburger Platzes.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 30. 8. (in tausend Mark) and Wochenlöhne in Berlin (in tausend Mark). Items include Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, etc.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Abteilung, Genossen! Die allgemeine Funktionärskonferenz ist wegen der außerordentlichen Stadtverordnetenwahl am Sonntag, den 2. September, auf Mittwoch, den 5. September, vertagt worden. Bekanntmachung erfolgt noch.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.

1. Abteilung. Die Einbürgerung des verstorbenen Genossen Andreas Bernhoff findet am Sonnabend, den 1. September, vormittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße, statt.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung, Genossen! Sämtliche Wanderversammlungen müssen am Sonntag, den 2. September, wegen der Kundgebung ausfallen. Alle Mitglieder der Abteilungen müssen vollständig vertreten sein. Heute, Freitag, den 31. August: Blankenburg, Jugendheim Gemeindefabrik Krietzstraße.

Simon Westmann Damenkonfektion und Trauermagazin. Eile geboten! Sonder-Angebote nur für heute und morgen! Weiche Flauschmäntel in Qualität... 29, 35 Millionen Eskimomäntel 43, 52, 79 Mill., Krimmermäntel 36 Mill.

Heinrich Gutfenlag Anzüge u. Mäntel. Sonder-Angebot! Nur bis Sonnabend, den 1. September, gültig! 5 Millionen Rabatt! RIESEN-AUSWAHL

Autozubehör, Werkzeuge u. Maschinen, Unterricht, Vermietungen, Mietgesuche, Arbeitsmarkt, Vorwärts-Austrägerinnen.

Berein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer. Montag, 8. Septbr., nachm. 5 1/2 Uhr. Generalversammlung. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Anzug oder Schlüpfer kaufen? so besichtig Sie vor an der West.

Alte Gebisse, Das Schulprogramm der Sozialdemokratie v. RICH. LOHMANN, Anzüge u. Mäntel, Möbel-Einrichtungen, Garderobe.

Verkäufe, Bekleidungsstücke, Wäsche usw., Möbel, Musikinstrumente.

Kaufgesuche, Kleider, Schuhe, etc.

Möbel, Musikinstrumente, Kleider, Schuhe, etc.

Mietgesuche, Arbeitsmarkt, Vorwärts-Austrägerinnen, Kleider, Schuhe, etc.